

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmsstr. 16.)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitenstr. 14.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Rabath.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Naube & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Anwaltsbureau.“

Nr. 112.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 14. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 12. Februar. Der Advokat Heinrich Ott in Straßburg ist zum Anwalt bei dem kais. Landgerichte in Straßburg ernannt, dem ord. Lehrer Gorius am Marzellen-Gymnasium in Köln das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Die polnischen Sekereien und die Auswanderung.

Das große Thema der polnischen Blätter ist heut der zukünftige Krieg zwischen Deutschland und Rußland. Die Truppenansammlungen in Polen fangen schon wieder an. Es vergeht kein Jahr, wo die polnische Presse nicht diese Meldung brächte, woraus wir schließen, daß es bereits ungeheure Heerhaufen an unserer Grenze stehen müssen. Diesmal sind diese Truppen natürlich gegen Deutschland mobil gemacht worden. Ein altes Weib und ein betrunkenen Soldat haben dies einem Berichterstatter der „Gazeta Torunska“ erzählt. Dieses Blatt begnügt sich nicht den zukünftigen Krieg zu prophezeien, sondern es predigt auch das Bündnis zwischen Polen und Rußland. Wie der heilige „Dziennik“ ein Vorläufer des Herrn v. Taczanowski war, so ist das thöner Blatt der Nachläufer, aber als Rufer in der Wüste erscheinen sie beide. In welcher kriegenden Weise die „Gazeta Torunska“ um die russische Regierung, welche sie kurz vorher das Regiment der Kante genannt hat, herumknurrt, mag eine warschauer Korrespondenz des Blattes zeigen.

Seit drei Jahren, d. h. seit Beendigung des deutsch-französischen Krieges sei in der Gesinnung der Russen gegen Deutschland ein keineswegs für letzteres günstiger Umschlag erfolgt. Er begann damit, daß die Censur den polnischen Blättern die größten Angriffe gegen Deutschland gestattete, um auf diese Weise in der polnischen Bevölkerung den höchsten Widerwillen gegen das deutsche Element zu erregen, meint angebliche Warschauer und fährt dann fort:

Es scheint, daß das Zulassen eines solchen Einflusses auf das lesende Publikum eine Vorbereitung dazu war, um einen sehr wichtigen und am besten die Stimmung der amtlichen russischen Sphären Deutschland gegenüber bezeichnenden Schritte weniger auffallend zu machen. Ich meine die in gewöhnlichen Truppenbewegungen (!) deren Zeuge gegenwärtig die Bevölkerung des Königreichs Polen ist. Aus dem Kaiserreich ist hierbei eine so ungeheure Truppenmenge (!) hergeschafft worden, wie wir sie hier noch nie hatten, und diese Truppen sollen dauernd im Königreich bleiben. Da dieser Schritt wegen der vollständigen Nähe im Lande als kein gegen uns gerichtet angesehen werden konnte, so erkannte die polnische Bevölkerung sehr bald in demselben nichts anderes, als eine neue Truppenansammlung an der preussischen Grenze für den Fall der vorzunehmenden Verdrängungen. Allgemein herrscht unter der Bevölkerung und vornehmlich unter der ungebildeten (!) die Ansicht, daß der Krieg nur noch von dem ersten Schuß abhängt; die Bevölkerung wird darin von den Soldaten (!) selbst bekräftigt, indem diese erzählen, daß sie „gegen den Deutschen“ marschieren.

Außer diesen vorbereitenden Schritten werden die Bemühungen (?) die Sympathien der Polen mittelst der Presse zu gewinnen, fortgesetzt. Die „Gazeta Polska“ hat durch ihren ersten Artikel unter der neuen Redaktion des Herrn Leo —, welcher Artikel vor dem Druck nicht nur von dem Generalgouverneur Rogozewski, sondern auch in Petersburg gelesen wurde und welcher ohne die nationalen Traditionen aufzugeben, auf die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses an Rußland hinwies, — mit diesem Artikel, sage ich, hat die „Gazeta Polska“ sich solche Gunst verschafft, daß sie, man könnte sagen, für alles, was sie schreibt, carte blanche besitzt. Noch mehr, während früher die polnischen Zeitungen aus Preußen, wie die „Gazeta Torunska“, „Dziennik Poznański“ und andere den heftigen Redaktionen entweder gar nicht oder erst nach gehöriger „Reinigung“ zugehen, so erhält dieselben die „Gazeta Polska“ sofort nach ihrem Eintreffen ohne Kürzung des Inhalts. Wie ich ferner höre, sollen diejenigen preussisch-polnischen Blätter, welche für eine Ausöhnung Polens mit Rußland plaidiren, den Postdebit im Königreich Polen erhalten.

Wir werden uns nicht Mühe geben, mit der „Gazeta Torunska“ über die Glaubwürdigkeit ihrer warschauer Mittheilungen zu streiten, — im Vertrauen gesagt: glauben wir nicht ein Wort davon; sondern wir begnügen uns gleichsam als Notizenanwendung folgendes Schreiben anzufügen, das wir von einem Gutsherrn aus Westpreußen erhalten haben. Derselbe schreibt:

Die ewigen Sekereien und Kriegsprophezeiungen der polnischen Blätter haben einen Erfolg, welcher den polnischen Magnaten wenig Freude bereiten wird. Das polnische „Volk“ hört nämlich diese Voraussagen nicht etwa mit Hoffnung an, sondern mit Bangigkeit. Die Leute fürchten vor Allem den Krieg, denn er nimmt dem Bauer seine Arbeiter, den Familien ihre Ernährer und vertheuert ihnen den Kredit noch mehr. In zweiter Linie fürchten sie, was die nationalen Sekereien ihnen als den Lohn des Krieges vorgefaßt: die Verdrängung von Preußen. Wenn die polnischen Herren sich etwa als mehr um das Volk kümmern wollten, so würden sie schwerlich dazu kommen, in seinem Namen zu erklären, es erwarte Rettung vom Osten. Man muß unsere polnischen Bauernbursche die Hände ballen sehen, wenn die Rede darauf kommt, daß der Russe sich rüste, um ins Land einzufallen. Auch der Gedanke an die Wiederherstellung Polens erregt dem Volke nur trübe Erinnerungen. „Sollen wir denn wieder Sklaven werden?“ fragen die Leute. „Heut sind wir Herren!“ sagte mir kürzlich ein sonst recht polnisch gesinnter Bauer, welcher auch stets für den polnischen Kandidaten stimmt: „Heut sind wir Herren, aber damals waren wir Hunde.“

Daß die Leute bei dem ewigen Aufwiegen endlich anfangen an den zukünftigen Krieg zu glauben, wird Niemandem Wunder nehmen. Eine der schlimmsten Folgen dieser Meinung ist, daß sie daran denken, das Land zu verlassen und jenseits des Ozeans sich eine neue Heimath zu begründen. Während die deutschen Auswanderer zurückkehren, rüsten sich viele polnische Bauern, um das Land zu verlassen. Früher dachte die polnische Bevölkerung nicht an Auswandern, fester als tragend ein anderes Volk lebte sie an ihrer Scholle. Erst die häufigen Kriege haben das polnische Volk mobil gemacht und nun droht die Kriegsfurcht Viele zu vertreiben. Das sind die Folgen der polnischen Wählererei. Die polnischen Gutsherrn werden Arbeiter, die polnischen Gemeinderäte Mitglieder, die polnische Agitation an fruchtbaren Boden verlieren.

Uns Deutschen kann diese Wirkung ganz recht sein. Denn leer

werden die Stellen, wo polnische Leute gefessen haben, nicht bleiben, sondern bald von deutschen Ansiedlern besetzt werden. So zerstören diese polnischen Diplomaten in ihrer grenzenlosen Verblendung die eigene Volkskraft und das eigene Nationalvermögen.

Zur Entgegnung.

Dem Herausgeber der Broschüre „Die Polen im deutschen Parlament 1875“ ist das Missgeschick widerfahren, daß ihm der „Dziennik Poznański“ gegen unsere Charakteristik „Auch ein Deutscher“ eine Vertheidigungsrede hält, wobei natürlich die albernsten Angriffe auf die deutsche Presse im Allgemeinen und die Posener Zeitung im Besonderen eingeschlossen sind. Der „Dziennik“, diese Verförperung des Nationalhasses, dieser Deutstufenesser par excellence begeistert sich plötzlich für den wahren Patriotismus, welcher die Vorzüge einer andern Nation neidlos anerkennt und die Fehler des eigenen Vaterlandes freimüthig rügt. Dieser „wahre“ Patriotismus hat gerade von jeher in Deutschland gegolten, und wurde sogar oft bis zur krankhaften Uebertreibung gepflegt, indem viele Deutsche soweit gingen, das Fremde höher zu schätzen, als die eigene Art. Wollte sich der „Dziennik“ nicht bloß in Worten, sondern durch Werke zu diesem Patriotismus bekehren, so könnten wir uns leicht verständigen. Aber so lange er uns nicht einen einzigen Publizisten aufweisen kann, welcher die Deutschen gegen die Verleumdungen und Schmähungen, welche sich täglich in polnischen Blättern finden, in Schutz nimmt, werden wir seine schönen Reden über den wahren Patriotismus für eitel Phrase ansehen.

Der sog. „deutsche“ Herausgeber der Broschüre begnügt sich aber nicht, die wirklichen Mängel der Deutschen zu rügen, sondern er erfindet solche und verläumdet die eigene Nation. Auch das scheint zum wahren Patriotismus eines Deutschen zu gehören, wenn er sich die Zufriedenheit des „Dziennik“ erwerben will. Ob dazu ein deutscher Mann fähig ist, möchten wir bezweifeln. Es will uns scheinen, daß der „deutsche“ Herausgeber der oben bezeichneten Broschüre und der polnische Mitarbeiter des „Dziennik“ ein und dieselbe Person ist, welche „in Schafelleidern“ des „wahren“ Patriotismus zu uns kommen möchte.

Auch über die wahre Kultur und weshalb sich die Polen an dieser Kulturarbeit nicht betheiligen könnten, hält uns der „Dziennik“ einen Vortrag. Er sagt:

An der Kultur zu arbeiten und vielleicht noch zusammen mit den Deutschen ist eine komische Präntion, wenn unsere nationale Existenz bedroht ist, wenn uns unsere Sprache entrisen wird, wenn unsere Namen geändert und die Hauptgrundlage unseres Seins untergraben wird. Wenn auch die moderne deutsche Kultur mehr werth wäre, als sie es in der That ist, wenn sie nicht darauf ausginge nach Außen zu militärisiren, nach Innen alles zum Knechte zu machen, so würde unsere Hauptaufgabe auch dann, vor der Arbeit mit ihr, die sein, unsere nationale Existenz zu retten d. i. jene natürliche Grundlage, auf welcher alle Wohlthaten der wahren Kultur Wurzel fassen und Früchte tragen können. Wir wollen Polen sein, wie die Deutschen Deutsche sein müssen. . . . Auch wir wollen eine Kultur, aber eine polnische!

Sehr schön, nur sehen wir nicht, daß der Polonismus die Mittel, welche ihm zu Gebote stehen anwendet, um eine polnische Kultur zu erzeugen. Denn die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ist eine „komische Präntion.“ Wir haben immer geglaubt, daß eine heruntergekommene Nation zuerst durch ihre Kulturarbeit sich den Anspruch erwerben müßte, in der europäischen Völkersfamilie Rechte zu erlangen, aber die Gelehrten des „Dziennik“ belehren uns, daß zuerst der Lohn gezahlt werden muß und dann erst die Arbeit verrichtet werden könnte.

Uebrigens verlangen wir von den Polen nicht, daß sie Deutsche werden sollen. Kein Deutscher stellt diese Forderung an sie. Aber wir verlangen, daß sie gute Unterthanen sind. Wenn sie aber schlechte Unterthanen bleiben wollen, dann müssen sie sich nicht beschweren, wenn sie als schlechte Unterthanen behandelt werden. Befolgen denn diese polnischen Politiker gar keine Logik und Konsequenz mehr? Sie zeigen uns bei jeder Gelegenheit ihren unerschütterlichen Haß, sie möchten gegen das Deutsche Reich alle Nationen zusammenhegen, und dabei wundern sie sich, wie verhäßelte Kinder, wenn Papa die Sache ernst nimmt, sobald die Staatsregierung sich bemüht, ihren Sekereien den Raum zu verengen.

Der „Dziennik“ liebt es, für seine illusorische und agitatorische Politik uns gegenüber das Verhalten der Deutschen gegen Napoleon I. anzuurufen. Diese beiden Verhältnisse haben mit einander ungefähr so viel Aehnlichkeit wie ein polnisches Dorf mit seinen Lehmhütten welche den Hof eines prachtliebenden Sclavens umgeben, und einer deutschen Stadt mit ihrem Gewerbefleiß, ihrer Bildung und Rechtspflege. Wenn der „Dziennik“ durchaus deutsche Muster haben will, dann empfehlen wir ihm die Elsaß-Vosger, welche ihrem französischen Vaterlande sich als gute Unterthanen erwiesen und niemals Landesverrath geübt haben. Will aber der „Dziennik“ seine ohnmächtige Welpartei mit der deutschen Nation von 1807 bis 1814 vergleichen, so möge er dafür sorgen, daß die Polen nicht nur in den Ansprüchen sondern auch in den Leistungen den Deutschen jener Zeit ähnlich werden. Unsere Vordränger haben sich eben die Lehren der Geschichte zu Nutze gemacht, sie unternahmen durch ernste Reformwerke eine neue Staatsgesellschaft zu schaffen; anstatt den Zeitgeistes Gesicht zu schlagen, folgten sie dem Rufe der neuen Zeit und schämten sich nicht, selbst die französischen Erzeugnisse für sich nutzbar zu machen. Erst nachdem sie diese Kulturarbeit vollbracht hatten, erlangten sie die Kraft, sich ihre nationalen Rechte wieder einzufordern.

Bei dem präntösen Vergleiche des „Dziennik“ fällt einem unwillkürlich der Frosch in der Fabel ein, welcher ein so tragisches Ende nahm.

Ueber Umstände, welche unter dem Siegel der Beichte oder der geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut worden, sind Geistliche nach einem Beschluß des Obertribunals vom 16. Januar c. von der Pflicht, Zeugniß abzulegen, nur dann entbunden, wenn es sich bei dem Beichtgeheimniß ausschließlich um den Schutz der seelsorgerischen Thätigkeit handelt, und bei dem Amtsgeheimniß um Umstände, welche nicht mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen. — Verschiedene Thatfachen sprachen schon seit längerer Zeit für die Wahrscheinlichkeit, daß in der Diözese Posen die bischöflichen Funktionen von einer oder mehreren Personen ausgeübt worden, welche nach dem Gesetze vom 20. Mai 1874 hierzu nicht befugt sind. Es wurde in Folge dessen die Untersuchung eingeleitet und eine Anzahl katholischer Geistlicher zur zeugeneidlichen Vernehmung über diejenigen geistlichen Oberen, welche sich die gedachte strafbare Handlung zu

Schulden kommen lassen, vorgeladen. Der Probedkan N. verweigerte jedoch das Zeugniß, weil die vorgelegten Fragen die innersten Verhältnisse der katholischen Kirche betrafen, weil ferner nach § 313 Nr. 1 der preussischen Kriminalordnung ein Pfarrer über Umstände, die ihm unter dem Siegel der Beichte oder geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut worden, von der Zeugenschaft entbunden sei, und weil durch das Zeugniß die Person des Beichters erst ermittelt werden solle und somit das Zeugniß auf eine Denunziation hinauslaufe. Diese Einwände wurden jedoch in den beiden ersten Instanzen für begründet nicht anerkannt, und das Ober-Tribunal motivirte seinen, die Beschwerde zurückweisenden Beschluß mit folgenden Worten:

„Die Behauptung, daß die vorgelegten Fragen die innersten Verhältnisse der katholischen Kirche betreffen und aus diesem Grunde die Pflicht nicht besteht, ein Zeugniß über dieselben abzulegen, welches das Gewissen beschweren würde, kann als ein geistlicher Grund zur Verweigerung des Zeugnisses nicht angesehen werden. Als ein innerster Verhältnisse der katholischen Kirche kann unmöglich eine Organisation der Hierarchie gelten, welche — wie vorliegend von dem Appellationsgericht angenommen wird — den Gesetzen des Staates widerspricht. In so weit diese Gesetze die Mitwirkung des Staates bei der Organisation der kirchlichen Behörden und bei der Anstellung der Geistlichen anordnen, sind Fragen, welche diese Verhältnisse betreffen, nicht Fragen über innere Verhältnisse der Kirche; am wenigsten aber können strafbare Handlungen, welche durch Mißachtung der Gesetze des Staates begangen sind, in die Kategorie der inneren Verhältnisse der Kirche gebracht werden. Gewissensbedenken aber sind in solcher Allgemeinheit nicht als Grund zur Verweigerung des Zeugnisses geistlich anerkannt; vielmehr tritt die Pflicht zum Zeugnisse nach §§ 7 312 der Kriminalordnung überall da ein, wo nicht ein im § 313 ibid. zugelassener Absehungsgrund angezeigt und bezeichnet ist. Allerdings wird in der Beschwerde ferner behauptet, daß der im § 313 Nr. 1 c. angegebene Grund hier vorliege; diese Behauptung ist indeß ebenfalls nicht begründet. Wenn das Gesetz die Geistlichen von der Pflicht entbindet, über Umstände, die ihnen unter dem Siegel der Beichte oder der geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut worden sind — mit Ausnahme gewisser Fälle — Zeugniß abzulegen, so zeigt diese Nebeneinanderstellung ebenso wie die Fassung der §§ 80, 81, Tit. II, Zbl. II. Allgem. Landrechts, daß es sich bei dieser Ausdehnung des Beichtgeheimnisses nur um den Schutz der seelsorgerischen Thätigkeit handelte. Strafbare Handlungen der geistlichen Oberen aber stehen nicht unter dem Schutze des Amtsgeheimnisses. Endlich ist die geistliche Verurteilung zum Zeugnisse nicht dadurch ausgeschlossen, daß eine Pflicht zur Denunziation regelmäßig nicht besteht, und auch die Frage, ob zur Zeit der Vernehmung der Name des Beschuldigten schon bekannt ist oder nur die Wahrscheinlichkeit einer strafbaren Handlung — § 3 der Kriminalordnung — vorliegt und die Person des Thäters erst ermittelt werden soll, ist auf die Beurtheilung der Zeugenschaft ohne Einfluß.“

Deutschland.

2 Berlin, 12. Februar. Die viertägigen Debatten im Abgeordneten-Hause über die Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung, über die Dezentralisation, die neue Provinzialordnung, die Dotation der Provinzen u. s. w. erreichten heute ihren Abschluß. Es werden zwei Kommissionen von je 21 Mitgliedern gebildet, deren eine die mehr politischen und organisatorischen Fragen (Dotation der Provinzen) erledigen soll. Die andere wird bei Berathung des Gesetzes über die Verwaltungsgerichte um 7 Juristen, bei Berathung des Gesetzes über die Provinz Berlin um 7 Berliner verstärkt werden. Manche Mitglieder werden wohl beiden Kommissionen angehören müssen. Der Andrang zur Wahl in die Kommissionen ist sehr stark, namentlich wollen besondere landschaftliche Interessen vertreten sein. Wiewohl die nationalliberale Partei, darunter insbesondere Lascker und Miquel am wärmsten eintrat für die Regierungsvorlagen, giebt es auch zwischen dieser Partei und der Regierung noch soviel offene und auch freitige Fragen, daß ein Durchpfeifen der Vorlagen ausgeschlossen erscheint. Ueberdies verfügt ja auch die nationalliberale Partei, selbst wenn sie geschlossen vorgeht, immer nur über 9 unter 21 Mitgliedern. Die nationalliberale Partei beabsichtigt, Lascker zum Vorsitzenden der Kommission vorzuschlagen; unter anderen Parteien findet dieser Vorschlag indeß mit Rücksicht auf das für einen Vorsitzenden sehr geringe Maß von Phlegma, welches Lascker eigen ist, wenig Beifall. Ob vor Ostern ein Gesetzentwurf aus der Kommission wieder herauskommen und vor das Plenum gelangen wird, hört man vielfach bezweifeln. — Die Debatte über die Stellung von Rheinland-Westfalen zu der Verwaltung und Kommunal-Verfassung endigte gestern mit einer vollständigen Vernichtung der Sybel'schen Richtung. Mit 292 gegen 28 Stimmen wurde der Antrag der Fortschrittspartei angenommen, welcher die Vorlage einer Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverhältnisse von Rheinland-Westfalen regelnden Reformgesetzgebung noch für diese Session verlangt. Die 28 dissentirenden Stimmen rührten her von 21 Alt- und Neukonservativen, eine Partei, die bekanntlich stets die Rheinprovinz als besonders regierungsbefähigt hingestellt hat, sodann von dem ultramontanen feudalen Abgeordneten von Gerlach, von drei hannoverschen National-liberalen und von den nationalliberalen Abgeordneten von Sybel, Thiel und von Cuny. Sybel wohnt in Bonn, ist aber in Magdeburg gewählt; Thiel wohnte in Bonn, ist aber in Stendal gewählt, Cuny wohnt in Berlin und ist in Solingen gewählt. Letzterer ist der einzige der 47 Abgeordneten für Rheinland-Westfalen, welcher gegen den Antrag stimmt. Die Liberalen triumphiren natürlich über die Position, welche ihnen die unverständige Taktik Sybels in dieser Frage gewährt hat. Die Vertheidigung des Ministers Eulenburg war gestern sehr schwach; zuletzt begründete er die Nichtvorlage rheinisch-westfälischer Gesetze nur noch mit der Schwierigkeit, sie rechtzeitig fertig zu stellen

Am Dresdener Residenztheater ging am 9. d. eine zweiaktige Komödie „Rezept für Hausfreunde“ von Baques dell' Agara vor ausverkauften Hufe in Szene. Man sah der Aufführung mit großer Spannung entgegen, da nach einem weitverbreiteten Gerücht der König von Baiern der wahre Verfasser des Stückes sein soll. Wenn auch die Auctorität ausreichen sei, der Erfolg war ein glänzender und die Kritik ist darüber einig, daß das „Rezept“ ein lebenswahres Lustspiel ist, das zu den hervorragenden Leistungen auf diesem Gebiete gehört. Der Stoff ist Moretto und Bocaccio entnommen. Was den Erfolg, bei dem selbst das sonst so kühle Dresdener-Publikum auf dem Boden nicht heraus kam, nicht unwesentlich förderte, war die exquisite Auffüh-

In vom Finanzminister zurückbehalten. Der Abg. Richter hat schon auf hingewiesen, daß man vorsichtig sein muß in der Uebertragung in Listen auf Ehrenämter, die sicherlich aber mit noch größerer Umfange verwaltet werden, wenn man von voranher wegen des Manges an hinreichenden Mitteln ohne Aussicht auf Erfolg ist. Herr Abg. Stengel hat die Vorlage beim Beginn seines Vortrages als eine Förderung der Dezentralisation begrüßt; ich gestehe, daß ich der Dezentralisation sehr kühl und vorsichtig gegenüber stehe, und daß diese meine Haltung durch die Ausführungen des Abg. Richter noch befestigt wird. Er wollte den Verteilungsmaßstab des Gesetzes nicht geradezu bekämpfen, erklärte aber, daß eigentlich die Dotation nach Verhältnis der aufzubringenden Steuern verteilt werden müsse, obwohl die Provinz Preußen, der er angehört hat, dabei ein schlechtes Geschäft machen würde. Ich nehme an, daß er als Bewohner der Seestadt Danzig nur wenig Kenntnis vom Hinterlande hat, denn, meine Herren, wollten wir seinen Rath befolgen, so hört der Staat auf, eine sittliche Bedeutung ginge vollständig verloren, die eben darin besteht, daß die reicheren Landestheile für die ärmeren mit bezahlen. Besonders bei der Verteilung der Chaussee-Bausfonds ist in Betracht zu ziehen, ob eine Gegend die Felder nur vom Gebirge herunter zu rollen braucht, um die Chaussee zu haben, oder ob sie sie meilenweit dazu herholen muß. Ich stehe daher umgekehrt auf dem Standpunkt, daß man bei der Verteilung der Chaussee-Bausfonds die Quadratmeilenzahl der Provinz zu Grunde zu legen hat. Unter allen Umständen aber werden wir die 1 Million des Extraordinariums nachzufordern haben. Einen anderen sehr erwägenswerthen Gedanken hat der Abg. Richter (Hagen) bei der Budgetberatung ausgesprochen, als er die Frage anregte, ob man nicht besser thäte, den Provinzen statt einer fixen Einnahme, den nachwachsen Ausgaben entsprechend, auch eine wachsende Steuer zu überlassen. — So wie das Dotationsgesetz liegt, es für mich unannehmbar, ein Danaergeschenk, ich spreche dies aus, um die Kommission von vornherein auf die Wichtigkeit der Vorlage aufmerksam zu machen, die mehr als irgend eine andere die ernsteste Prüfung erfordert.

Handelsminister Dr. Achenbach: Vom Standpunkt der Staatsregierung handelt es sich hier weder um ein gutes noch um ein schlechtes Geschäft, sie macht auch keine Geschenke, sie marktet und teilt nicht, sie will auch nicht Geschenke, deren sie überflüssig ist, auf provinziale Organe abzugeben, sondern es handelt sich wesentlich für sie darum, das Prinzip der Selbstverwaltung ins Leben einzuführen. Noch vor Kurzem verlangte man im Lande in diesem Hause den Uebergang gewisser Funktionen auf Organe der Provinzen und Kreise, und heute hört man bereits, daß man die Bedingungen zu stellen in der Lage sei, unter denen man die vom Staat abgegebenen Geschäfte übernehmen wolle. Handelte es sich in der That nur darum, so wäre es kaum der Mühe werth, daß das Haus noch so langer Diskussion die Vorlage der mühevollen Prüfung in der Kommission übergebe. Wir wollen uns nicht entziehen, die Provinzen sollen nicht bloß Geschäfte übernehmen, sondern gemeinschaftlich wollen wir dahin streben, das Leben unseres Staates zu verjüngen, die Formen, die Sie für die Kreise gegeben haben und für die Provinzen geben werden, mit Leben und neuer Kraft zu erfüllen. Nun wird gesagt: der Staat giebt ja weniger als er bisher für diese Zwecke verwandt hat, und auf die Million für Wegebauten im Extraordinarium hingewiesen, welche nach der Vorlage den Provinzen nicht überwiesen werden soll. Es handelt sich eben um eine extraordinäre Ausgabe, die unter geänderten Verhältnissen dem Straßenbau zugewendet werden sollte. Aus dem Staatshaushalt werden Sie sehen, daß zwar bei den günstigen Finanzverhältnissen der letzten Jahre dem Straßenbau außerordentliche Zuwendungen gemacht worden konnten, daß aber durch dieses Dotationsgesetz den Provinzen mehr überwiesen wird, als vor wenigen Jahren noch das gesamte Extraordinarium und Ordinarium betrug. Es wurden im Jahre 1870 für Chausseebauten verausgabt 1,400,000 Thlr., 1871 abermals nur 1,450,000 Thlr.; im Jahr 1872 nur ein Wenig mehr, 1,600,000 Thlr.; erst 1873 stieg das Ordinarium auf diejenige Summe, welche jetzt den Provinzen überwiesen werden soll, auf 2 Millionen Thlr., während das Extraordinarium nur 600,000 Thlr. betrug. Bedenken Sie nun, daß es sich hier um eine außerordentliche Bewilligung handelt, so wird der Vorwurf der außerordentlichen Unbilligkeit wohl ganz zurücktreten und es wird eingehender Erwägung der Kommission bedürfen, ob es Aufgabe des Staates sei, auf die Provinzen bei dieser Gelegenheit mehr zu übertragen, als der Staat sonst angewendet haben würde. Es handelt sich nicht darum, Geschenke zu machen, sondern nur darum, wichtige Zwecke der Verwaltung auf die Provinzen übergeben zu lassen unter Abziehung derjenigen dauernden Staatspositionen, welche der Staat seinerseits für solche Zwecke verwendet hat. Die Verteilung desjenigen, was für die Neubauten den Provinzen überwiesen werden soll, ist bereits durch frühere Gesetze geordnet. Daß in den letzten Jahren einzelnen Provinzen mit Rücksicht auf die Verhältnisse besondere vorteilhafte Zuwendungen gemacht worden sind, ist wohl kein durchschlagender Grund gegen den Verteilungsmaßstab. Wo besondere Bedürfnisse sich gezeigt haben, war die Staatsregierung bemüht, nach Kräften Rücksicht zu tragen. Die Gesamtsumme, welche 1874 für die Unterhaltung der Staatschassen angewendet ist, betrug 4,435,448 Thlr., während im Jahr 1871 nur 3,680,850 Thlr. und 1872 nicht viel über 4 Millionen Thaler verausgabt wurden; wenn nun jetzt den Provinzen 5 Millionen Thaler überwiesen werden, so kann man diese Summe doch nicht von vornherein eine unzureichende nennen. Es ist nun hier darauf hingewiesen worden, daß aus dem Chausseeaufwands größere Unterhaltungen von Chausseen ausgeführt worden sind. Ich bemerke, daß es sich hier um vollständige Umpflasterungen handelt, die man nicht als Unterhaltung von Chausseen ansehen konnte. Indessen rechtfertigt das nicht eine höhere Dotation, sondern es würde damit nur eine Abänderung der Verteilung auf den Neubau- und Unterhaltungsfonds eintreten: ob dies im Interesse der Provinzen geschehen würde, möchte ich mir nicht entscheiden. Die Staatsregierung ist bereit, der Kommission alle diejenigen Aufschlüsse zu geben, welche notwendig sind, um diese Sache klar zu übersehen. Wenn man aber mit Rücksicht auf alle möglichen Steigerungen der Unterhaltungskosten der Chausseen die Dotation bestimmen will, so glaube ich, kann die Regierung diesem Gesichtspunkte nicht folgen. Die Selbstverwaltung muß die künftigen Bedürfnisse zu decken suchen. Die Staatsregierung glaubt mit der Majorität dieses hohen Hauses, daß es sich hier handelt um die Segnung der Fundamente der Selbstverwaltung, nicht um ein Rechenexempel, in diesem Sinne sind Ihnen die Vorschläge gemacht; ich bitte Sie, in diesem Sinne die Vorschläge anzunehmen.

Abg. v. Benda: Die Rede des Abg. v. Sauten atmete einen ungemein lebhaften offenkundigen Partikularismus; er möge aber berücksichtigen, daß wir Deutschen zu lieb haben, als irgend einen Landestheil, und ihm unsere Sympathieen bewahren werden, trotz der Worte des Herrn v. Sauten. (Heiterkeit.) Derselbe stellte sich gerade so, als ob es sich hier um Gelder handelte, die nicht uns gehörten. (Zustimmung rechts.) Wo hat denn die Regierung das Geld her, das sie uns überweisen will? Doch nur von uns! Wollen wir also derselben die Bedingungen vorschreiben, unter denen wir die Dotationen annehmen wollen, so verdrängen wir die Basis der ganzen Gesetzgebung. Ich habe die Summen, welche die Vorlage den Provinzen überweist, mit dem Etat des Landesdirektoriums von Hannover verglichen und dabei gefunden, daß die Beträge und die Zwecke ihrer Verwendung durchaus mit den hannoverschen harmoniren. Ich billige also das Gesetz unter der Voraussetzung, daß die 3000 Meilen Staatschassen, die uns überwiesen werden, in einem leidlichen Zustande sind. Wenn sie sich in einer desolaten Verfassung befänden, so wird uns der Staat allerdings die Kapitalien zur Herstellung geben müssen, wenn wir nicht gleich in den ersten Jahren der Selbstverwaltung mit einem Krebsgeschwür zu kämpfen haben sollten. Um diesem zu steuern, käme es mir auf die Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen nicht an. (Heiterkeit.) Ich wünsche also, daß die Kommission die Frage des Zustandes unserer Staatschassen in erster Linie ins Auge faßt und im Uebriken ohne Vorurtheil und mit kaltem Blute ans Werk geht.

Minister Dr. Friedenthal: Ich beabsichtige nur, dem Abg. Richter auf einige mein Ressort betreffende Bemerkungen zu antworten. Es ist zunächst nicht vollkommen richtig, daß nur ein Drittel der etats-

mäßigen Restorationsfonds den Provinzen überwiesen ist. Es kommt dazu noch der sog. Provinzial Meliorationsfonds, der bisher von der Staatsregierung verwaltet wurde. Die Rente von 250,000 Thalern stellt dabei nur den Betrag des bisherigen Ordinariums vor. Ganz unzweifelhaft aber befinden sich unter den Meliorationen solche, die den Bereich einer einzelnen Provinz, sowohl was die Leistungsfähigkeit, als was den Werth der Meliorationen betrifft, hinausgehen; so beispielsweise die gegenwärtige Melioration in der Landdroie Dänabrick: die Anlage von Moorland, die den ganzen Betrag dessen, was an die Provinz übergeht, an Kosten übertrifft — eine Melioration, welche dazu bestimmt ist, 60 Quadratmeilen Fläche aus einer Wüsten in ein fruchtbares Gebiet zu verwandeln. Solche Meliorationen werden niemals den Provinzen überlassen werden können, sondern müssen Aufgabe des Staates bleiben, der, wie Herr von Sauten mit Recht bemerkt, hier für das Gemeinwohl aller eintreten muß. Es wird aber ferner über das ganze Gebiet der Meliorationsfähigkeit dem Staate die Initiative vorbehalten bleiben müssen. Es folgt das, abgesehen von der Sache, aus der Natur unserer Gesetzgebung, und eine Verenderung vorzunehmen, wäre an dieser Stelle gewiß verfrüht; es muß das einer späteren Ausführung der Dezentralisation vorbehalten bleiben, und es wird sich dann, wie ich hoffe, herausstellen, daß die Verteilung der Summe im Allgemeinen richtig gegriffen ist. Was zweitens die Rüge des Abg. Richter betrifft, daß die Beträge für die Ackerbau-, Viehen- und ähnlichen Schulen nicht ausgeworfen sind im Gesetz, so bemerke ich, daß dies im Interesse der Provinzen geschehen ist, da sich die Ausgaben für diese Schulen steigern werden und ihre Feststellung sich daher erst empfiehlt am Schlusse des Jahres, in welchem die Ueberweisung an die Provinzen erfolgt. Ein Verthum ist dann nicht möglich, wenn im Etat das betreffende Ministerium ganz genau die Summe, welche für die betreffende Anstalt verwendet worden ist, aufgenommen ist. Der Antrag des Abg. Richter, auch die Fonds für die landwirtschaftlichen Vereine auf die Provinzen zu übertragen, möchte ich rathe, keine Folge zu geben. Das landwirtschaftliche Vereinswesen kann für die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes gewiß von großem Nutzen sein und ich lege auf diese Vereine großes Gewicht. Dieses Vereinswesen hat sich aber bei uns sehr ungleich entwickelt und es wird noch für mehrere Jahre die Aufgabe meines Ressorts sein, diese Entwicklung zu fördern. Aus diesen Gründen möchte ich bei der gegenwärtigen Lage der Sache bestimmt abrathen, diesen Gegenstand in die provinziale Dezentralisation hineinzuschieben.

Finanzminister Camphausen: Ich betrachte es als eine kleine Erinnerung an die Zeit der Milliarden, daß man jetzt von verschiedenen Seiten die Worte 20 Millionen so leicht in den Mund nimmt (Heiterkeit). In voriger Woche hat uns Herr Miquel mit 20 Millionen bedacht für die Parzellierung von Domänen und heute hat Herr von Benda sie in Aussicht genommen, um die Chausseen in recht guten Zustand zu versetzen. So gefährlich nun, denke ich, wird die Sache nicht werden. Die Staatsregierung weiß ja, daß von Zeit zu Zeit dieser oder jener Redner einmal den Zustand der Chausseen sehr ungünstig schildert, sie weiß aber auch andererseits durch den Bericht ihrer Behörden, daß die Chausseen sich heute in so gutem Zustande befinden — (Oh! Widerspruch) in so gutem Zustande befinden — (erneuter Widerspruch) — Meine Herren, wenn Sie nur den Nachschuß gebührt hätten! in so gutem Zustande befinden, wie sie bisher sich zu befinden pflegten. (Anhaltende Heiterkeit.) Jedenfalls, wenn Sie nach Zusammenstellung der Etatssummen irgend eingehend verfolgen, was für die Unterhaltung von Chausseen geschehen ist, so finden Sie, daß im Jahre 1865 dazu verwendet sind 2,493,000 Thaler, im Jahre 1866 steigt diese Summe auf 2,512,000 Thaler, im Jahre 1867 auf 2,525,000 Thaler, 1868 wurde ein Anspruch gemacht auf 3,508,000 Thaler, im Jahre 1869 auf 3,540,000 Thaler. Das ist die Summe, die bestand, als ich mein Amt antrat. Im Jahre 1870 haben wir einen Fonds von 3,664,000 Thaler gehabt. Dann sind wir 1871 aufsteigend auf 3,680,000 Thlr., 1872 auf 4,041,000 Thlr., 1873 auf 4,082,000 Thlr. und 1875 auf 4,435,000 Thlr. Wenn bei solchem Ansteigen der für die Chausseen bewilligten Mittel die Chausseen selbst schlechter geworden sein sollten, so wäre das doch eine sehr merkwürdige Folge. Uebrigens sind die Kosten der Unterhaltung der Chausseen gestiegen; allerdings hat man gesagt, die Unterhaltungskosten müßten per se natürlich zunehmen. Ich denke aber, wenn wir an die Frage in einer Zeit herangehen, bis zu welcher die Preisverhältnisse einen per se natürlichem Aufschwung genommen haben, dann könnte man auch einmal fragen, werden denn die Preise nicht einmal wieder heruntergehen? Wird es nicht möglich sein, die Unterhaltung billiger zu bestreiten? Die Staatsregierung hat aber die Frage fallen lassen, sie geht davon aus, daß sie vollständig denjenigen Betrag bewilligen will, den die Unterhaltung der Chaussee gegenwärtig kostet, sollte man mit demselben nicht auskommen können, so wird sie keinen Anstand nehmen, den Betrag zu erhöhen. (Bravo!) Wir wollen uns in dieser großen Maßregel nicht von kleinlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Sollte der aus dem Staatsfonds hergegebene Betrag zu hoch sein, so würde es sich doch eigentlich nur um einen erweiterten Steuererlaß handeln, der allen Theilen des Staates gleichmäßig zu Theil wird. Dann ist die Frage eingehend erörtert worden, wie es denn mit dem Chausseeaufwands stünde und ob man da nicht eine Million gänzlich übersehen hätte. Nein, übersehen haben wir die Millionen nicht (Heiterkeit), dafür haben wir sie denn doch noch nicht reichlich genug; aber wie ist denn das Sachverhältnis? Im Jahre 1872, als zuerst an den Gedanken herangekommen wurde, die ausländischen Provinzen des Staates mit der Dotation zu versehen, da bestand das Ordinarium des Chausseenaufwands aus 1 Million, das Extraordinarium aus 600,000 Thaler. Als ich diese Maßregel zuerst dem hohen Hause antrug, da habe ich damals ausgesprochen, daß für die Gleichstellung mit der Provinz Hannover nach der Ansicht der Staatsregierung den ausländischen Provinzen die Summe von 4,600,000 Thaler zu überweisen sei, daß wir von diesen 1½ Millionen abnehmen würden von dem Staatshaushaltetat und durch Uebertragung der entsprechenden Ausgaben den Staat gleichzeitig erleichtern würden, daß wir 1 Million dem Chausseeaufwands hinzusetzen, und daß wir die übrigen 2 Millionen zinsbar anlegen und daß diese Zinsen sich zu Gunsten der Provinzen anhäufen würden. Es ist also damals nicht allein der Fonds, wie er bestand, beibehalten worden, sondern er wurde erhöht und als demnach die Finanzverhältnisse es gestatteten, das Extraordinarium für das Jahr 1874 noch etwas höher zu greifen, so hat die Staatsregierung ihnen dies vorgeschlagen und Sie haben diese Maßregel förmlich ohne allen Zusammenhang mit der Ausführung der Dotationsmaßregel festgestellt. Es kann daher dasjenige, was in dieser Beziehung geschehen ist, auch einen Anspruch auf Ausdehnung der Dotationsmaßregel nicht begründen. — Ich hoffe, daß wenn Ihre Kommission in die Beratung des Gesetzesentwurfs eintritt, aus diesen Beratungen ein Resultat hervorgehen wird, wonach Regierung und Landesvertretung völlig einmüthigen Weges die große Maßregel beschließen. (Beifall.)

Nachdem Johann der Abg. Witt gesprochen, was wir bereits im letzten Mittheilungsblatt mitgeteilt haben, wird die Diskussion geschlossen. Es handelt sich nunmehr um die geschäftliche Behandlung der vier großen Reformgesetze; denn daß das Dotationsgesetz ebenfalls kommissarisch vorberathen werden soll, hält Präsident v. Bennigsen für selbstverständlich. Auf den Antrag der Abg. Lasker und Miquel beschließt das Haus einstimmig die Vorlagen, betreffend die Provinzialordnung, die Verwaltungsgerichte und die Provinz Berlin an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen und sie für die beiden letzten Vorlagen um je 7 Mitglieder zu verstärken; ferner den Entwurf des Dotationsgesetzes an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Beide Kommissionen sollen am Montag gewählt werden.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Antrag Richter, Gesetzesentwurf betreffend den Herzog von Arenberg, Etatsberatung.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Justizkommission des Reichstags hat bekanntlich beim Reichstanzler um Ueberweisung einer Anzahl jüngerer Juristen

zur Prüfung der Sitzungsprotokolle nachgesucht. Der Justizminister soll aber erklärt haben, es fehle schon jetzt bei den Gerichten und in der Verwaltung so sehr an juristischen Kräften, daß für diesen Zweck thatsächlich keine vorhanden seien. Das Abgeordnetenhaus zählte allein 93 Juristen unter seinen Mitgliedern, deren Stellvertretung bereits starke Lücken in dem juristischen Beamtenpersonal erzeugt habe.

Tagesübersicht.

Posen, 13 Februar.

Im Abgeordnetenhaus wurden gestern die Vorlagen über die Errichtung einer Provinz Berlin und über die Dotation der Provinzen diskutiert. Im Gegensatz zu den vorhergegangenen dreitägigen Verhandlungen, in denen die Anerkennung der in den Vorlagen enthaltenen Ideen der Grundton war, herrschte gestern die Kritik vor. Namentlich die Vorlage über die „Provinz Berlin“ war der Gegenstand fast einstimmigen Tadel. Der Entwurf der Regierung wurde ganz treffend charakterisiert durch die Aeußerung des Abg. v. Benda: „Sie schaffen da eine Provinz, die keine Provinz ist.“ Der Hauptredner war der Abg. Richter (Hagen), welcher sachgemäß die zahlreichen Bedenken gegen das Projekt hervorhob. Offenbar hat die Regierung bei der Abfassung des Entwurfs die ganz richtige Ansicht gehabt, daß die Stadt Berlin sich nicht mehr mit der alten Städteordnung über deren Rahmen sie längst hinausgewachsen ist, verwalten lasse; wer die Vorgänge in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, bei den Wahlen derselben, in den Bezirksvereinen u. s. m. verfolgt, wird ganz derselben Meinung sein, und auch Herr Richter stimmte ihr zu; aber die Idee einer „Provinz“, bestehend aus Berlin, Charlottenburg und ein paar Dörfern der Umgegend, führt nur zu einem neuen schwerfälligen Instanzen-Mechanismus, ohne für die Stadt Berlin selbst Abhilfe der vorhandenen Mängel zu schaffen. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, der Gesetzesentwurf über die Dotation der Provinzen erregte vielfachen Widerspruch wesentlich deshalb, weil man einerseits die vorgeschlagene Ueberweisung gewisser Summen ansofort unter dem Gesichtspunkte, daß die Rechnungen, welche dazu geführt, einseitig im fiskalischen Interesse der Staatskasse aufgestellt seien, und weil andererseits die sehr begründet erscheinende Beforgnis ausgesprochen wurde, die Kosten der den Provinzen zugeordneten Verwaltungszweige möchten wachsen, während die zur Deckung derselben überwiesenen Fonds stabil bleiben sollten; der früher schon gemachte Vorschlag, den Provinzen statt einer Rente den, vermuthlich wachsenden Ertrag einer Steuer zu überweisen, wurde von mehreren Seiten erneuert, namentlich von dem Danziger Abg. Richter. Die Minister Achenbach, Friedenthal und Camphausen suchten nach einander die laut gewordenen Beforgnisse zu zerstreuen und versprachen, in der besonderen Kommission, an welche die Vorlage verwiesen ward, zu einer Verständigung mitzuwirken.

Heut tritt auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ der Publikation des „N.-Wien. Tagbl.“, die geistlichen Orden in Preußen betreffend, mit einem officiösen Dementi entgegen. Sie schreibt:

Es liegt hier eine dreiste Erfindung vor. Das angebliche Rundschreiben ist niemals erlassen, weder in dieser noch in irgend einer andern Form. Die Tendenz der Dichtung läßt sich mit einiger Sicherheit vermuthen, wenn man die Freundschaft beachtet, welche darin dem preussischen Ministerium gegenüber Oesterreich-Ungarn und der königlich bairischen Regierung angedeutet ist.

Die im Laufe des Tages aus Versailles eingetroffenen Meldungen bedürfen keines Kommentars. Als gewiß dürfte anzusehen sein, daß die Annahme des Amendements Duprat seitens der Nationalversammlung fast in allen Parteien derselben, zumal aber in der republikanischen, Beifall hervorgeufen hat. Die Mitglieder der letztgenannten Partei scheinen sich endlich klar darüber geworden zu sein, daß es mit ihrer Verfassung Wallon doch eigentlich nicht allzu viel auf sich habe. Jedes Sinken der republikanischen Wagschale bedeutet aber ein Steigen der bonapartistischen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Februar.

Nach einer Berliner Meldung wird der Ministerrath in den nächsten Tagen zusammentreten, um sich über die Einbringung des Kreisordnungsentwurfs für Posen schlüssig zu machen. Wie uns aus Inowrazlaw geschrieben wird, wurde in der daselbst am 9. d. stattgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung eine von dem Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwält Hüniger, vorgelegte Petition an das Abgeordnetenhaus genehmigt, in welcher unter Bezugnahme auf § 182 gebeten wird, die Einführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und event. vorerst deren §§ 9 bis 16 für den Kreis Inowrazlaw noch in dieser Landtags-Session zu beschließen. Vivat sequens!

Der Fürstbischof von Breslau hat, wie aus einer Mittheilung des „Schles. Kirchenbl.“ hervorgeht (die mit einer uns vor einigen Tagen aus Rähme zugegangenen Nachricht übereinstimmt. — Red. der Posener Z.) an die Gemeinde zu Rähme, für welche von staatlicher Seite der Kaplan Rid zu Tarnowitz als Propst berufen worden ist, ein Schreiben gerichtet, um die Gemeinde auf die geltenden „kirchlichen“ Bestimmungen aufmerksam zu machen resp. — mit andern Worten gesagt — die Ungültigkeit der Wahl darzulegen. Dieser Mittheilung fügt das genannte Blatt die Notiz hinzu, daß die Untersuchung gegen Rid demnach ihren Abschluß finden werde; wie sie enden werde, liege nach den Vorgängen in Rähme auf der Hand.

Dem aus der Provinz Posen ausgewiesenen Vikar Bal aus Kions, welcher zur Zeit in Rawra, Kreis Thorn, weilte, ist von dem Landrath in Thorn folgendes Schreiben zugegangen:

Thorn, den 30 Januar 1875.

Nach einer Mittheilung der königlichen Regierung zu Posen vom 13. d. Nr. 69 I A betragen die Kosten für Ihren Transport bis zur Eisenbahn-Station Trachenberg 29 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf., deren Einziehung die gedachte königliche Regierung von Ihnen verlangt. Mit Verfügung der königlichen Regierung zu Marienwerder vom 24. d. Nr. 530 S. V. bin ich beauftragt worden, von Ihnen den oben erwähnten Betrag von 29 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf. und das Porto mit 2 Sgr. einzuziehen und eruche Sie, diesen Betrag binnen 3 Tagen an mich abzuliefern, indem ich noch hinzusetze, daß ich falls Sie dem Ihnen gestellten Termin nicht einhalten sollten, genöthigt sein werde, die Exekution gegen Sie zu verfügen.

Der Landrath
Hoppe.

Vikar Bal hat hierauf dem „Kurier Poznański“ zufolge dem Herrn Landrath geantwortet, daß er diese Summe nicht bezahlen werde, einmal deshalb nicht, weil er kein Vermögen besitze und keine Einnahmen habe, und ferner, weil er durch Erlegung derselben seine Ausweisung,

gegen die er Protest eingelegt habe, für gerechtfertigt ansehen würde. Bekanntlich ist der Vikar Bak von der Anklage der geschwätigen Vor-
nahme von Amtshandlungen in der Kirche zu Wloszciejewki vor eini-
gen Wochen von dem Kreisgericht in Schrimm freigesprochen worden.
Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt die Appellation eingelegt
und das hiesige Appellationsgericht in Folge dessen den Vikar Bak zu einem
Termine am 4. März vorgeladen. Als sein Verteidiger wird, wie
der „Kurzer“ mittheilt, Herr Rechtsanwalt Dohhorn fungiren.

— Es ist rührend, mit welchen Kleinigkeiten man die Polen erfreuen kann. So begeistert die Rede des jungen Kaplans von Skromno Brziny Radziwiłł über die Amtssprache bei den Zivilstandsakten den „Kurjer Poznański“ noch nachträglich zu folgender Auslassung:

„Was uns tröstet und unseren Muth nicht sinken läßt, ist der Umstand, [oder Strohhalm?] daß auf jenes von der Ministerbank dem polnischen Volke ins Gesicht geschleuderte Wort (Ihr müßt Deutsche werden!) sich die Erben des in der Geschichte Polens berühmten Namens, die mit dem königlichen Hause blutsverwandt sind, mit der Erklärung erhoben haben: Auch wir sind Polen, auch gegen uns ist das Urtheil der Vertilgung gesprochen, aber mit ganzem Mannesmuth werden wir uns und unsere Brüder vor der Vernichtung der nationalen Existenz schützen. Diese Bedeutung hat für uns die Rede des Prinzen Edmund Radziwill.“

Wir gönnen dem „Kurzer“ seine Freude über den neuen Bundesgenossen und wollen hier nur die Frage an ihn richten, welcher Minister das Wort ausgesprochen hat, daß die Polen Deutsche werden müßten, und in welcher Sitzung dies geschehen ist. Hoffentlich wird der „Kurzer“ erkennen, daß es nicht ehrenhaft wäre, eine solche Behauptung — ohne sie beweisen zu können — in die Welt zu schleudern.

— In Angelegenheit der Erweiterung der städtischen Wasserwerke trat am Mittwoch eine gemischte Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke zusammen, um darüber schlüssig zu werden, auf welche Weise die nicht länger aufschiebare Erweiterung der Wasserwerke durchzuführen, und demgemäß der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage, behufs der zur Erweiterung erforderlichen Mittel, zu machen sei. Ueber das Resultat der Beratungen hören wir Folgendes:

Die Wasserwerke und die Gasanstalt, die sich gegenwärtig bekanntlich aus dem Graben befinden, sollen von einander getrennt und die ersteren nach der Bernhardinerwiese verlagert werden, um den erforderlichen Platz zur gleichfalls nothwendigen Erweiterung der Gasanstalt zu gewinnen. Die Trennung soll nach und nach erfolgen und zwar in der Weise, daß auf der Bernhardinerwiese keine provisorischen, sondern sofort definitiven Anlagen ins Leben treten. Zu diesem Behufe soll dort ein 7 Meter weiter Sammelbrunnen mit Cementwänden bis auf die wasserführende Kiebschicht versenkt werden. Gelingt es, auf diese Weise in dem Brunnen die erforderliche Quantität natürlich filtrirten Wassers zu erhalten, so wird dasselbe verwendet werden; wo nicht, so müßte der Sammelbrunnen einen Betonboden erhalten, und als Reservoir für das künstlich filtrirte Wasser dienen. Ferner denkt man auf der Bernhardinerwiese ein definitives Maschinenhaus mit einer neuen liegenden Wasserhebe- und Maschine zu errichten, und zur Lieferung der Maschine eine Konkurrenz auszusprechen. Die alte Maschine dagegen soll dort, wo sie gegenwärtig sich befindet, als Reservemaschine vorläufig in Thätigkeit bleiben, ebenso die dortigen Wasserfilter. Auch soll der Sammelbrunnen auf der Bernhardinerwiese durch einen Röhrenstrang mit den Filtern auf dem Graben verbunden, und ebenso zur Verbindung der beiden Werke auf Graben und Bernhardinerwiese eine Fuhrstraße hergestellt werden. Die zu diesen Neuschöpfungen erforderlichen Mittel in Höhe von 50,000 Thlr. sollen in der Weise beschafft werden, daß der jährliche Ueberschuß von 20,000 Thlr., welchen die Gasanstalt gewährt, zwei Jahre hindurch für die Erweiterung der Wasserwerke verwendet, und die noch fehlenden 10,000 Thlr. aus dem Reservefonds der Gasanstalt entnommen werden.

— Unter allen polnischen Blättern geht der „Dziennik“ mit Hrn. v. Tacjanowski am Schärfsten ins Gericht. Er schreibt: Es ist eine Avernheit, wenn der Repräsentant einer unterworfenen, durch eigene oder nicht eigene Schuld in ihren Grundlagen verachteten Bevölkerung von über 2 Millionen Seelen mit Franzosen oder Türken einer Regierung droht, die jetzt in Europa die erste Rolle spielt. . . . So lange wir unter preussischer Herrschaft stehen, ist es unsere nothwendige Pflicht, die Landesgesetze zu achten. Alle unsere Bemühungen um Erhaltung unserer Nationalität müssen sich ausschließlich in den Grenzen der Landesgesetze (!) bewegen, dieselben dürfen wir nicht überschreiten, denn sonst gerathen wir auf einen Weg, der, wie die eigene blutige Erfahrung uns gelehrt hat, uns nur zu selbstmörderischen Anstrengungen führt. Mit Rußland drohen und von einer so hohen Stelle aus, wie es der deutsche Reichstag ist, das bedeutet fast loblich, als sein Glück außer halb der uns verpflichtenden Landesgesetze zu suchen — wird dies ein vernünftiger Mensch einen politischen Schritt nennen können? Es ist dies ein unpolitisches Reizen des Stärkeren und dies ist in der Politik eine gefährliche Sache. . . . Es ist uns unmöglich, auf das Angekündigte dieses Schrittes näher einzugehen, wir sagen nur, daß Hr. v. Tacjanowski, indem er mit Rußland drohte, eine große Ignoranz von der Lage der polnischen Bevölkerung unter preussischer Regierung an den Tag legte, daß er sich in großen Widerspruch mit den Interessen derselben gestellt hat, und daß der einzige Ausweg für ihn derjenige wäre, wenn er sein Mandat nicht ablegte, denn für die polnische Bevölkerung muß es eine unangenehme Sache sein, daß ein Bürger, welchen wir sonst hoch achten, der aber so oberflächlich und flach denkt, ihr Repräsentant ist, ja sogar an der Spitze ihrer Vertretung steht.“

— r. Im **Handwerkerverein** hielt am 1. Februar der Ingenieur Mayer einen Vortrag über Gewerbe, Handwerk und Kunst bei den alten Aegyptern. Der Vortragende führte etwa Folgendes aus: Die Beschaffung aller Lebensbedürfnisse wurden in den verschiedenen Gegenden der Erde zu sehr verschiedenen Zeiten vervollkommen und noch heutzutage leben einzelne Völker in der sogenannten Steinzeit, andre in der Zeit des Pfahlbaues, die in unsren Gegenden etwa bis in die Zeit des ersten Christenthums fortdauerte, indeß bei andren Völkern des Alterthums eine hohe Kulturstufe sich Jahrhunderte und selbst Jahrtausende früher nachweisen läßt. Während die Spuren des ersten Kulturanfänge hier und anderwärts nur in ausgegrabnen Ueberresten, z. B. ungebrannten und gebrannten, dann auf der Drehscheibe geformten, verzierten und endlich alairten Tongefäßen und Topfscherben, gefunden werden, sind es vor allen Andren die Aegypter, die uns historische Nachricht von einer hoch entwickelten Kulturstufe in Schrift und Bild hinterlassen haben. Als König Menes, im Jahr 2782 v. Chr., als Eroberer in Aegypten einzog, brachte er ein vollständig geordnetes Staatswesen mit, und seit derselben Zeit ungefähr beginnt die Reihe jener uralten Urkunden: der Wandgemälde und hieroglyphischen Schriften, die in großer Zahl uns erhalten geblieben sind. An einer Anzahl von Abbildungen aus jener Zeit, wovon Abdrücke an die Anwesenden vertheilt wurden, erläuterte der Vortragende die Art der Ausübung verschiedener Gewerbe: der Ackerbau, der Bäcker, der Fleischer, Schuhmacher, Tischler, Ziegler und Töpfer, Glasbläser, Schmelter und Goldschmiede, Stellmacher, Steinmetzen und Bildhauer u. s. w., wobei darauf hingewiesen, in wie theils sehr primitiver, theils aber auch ganz ähnlicher Weise wie heutzutage schon damals, zum Theil sogar mit ganz denselben Werkzeugen, jene Gewerbe betrieben wurden. — Zum Schlusse zeigte derselbe eine treue Abbildung der dreißigragigen Inschrift von Rosette, und gab eine kurze Erklärung, in

welcher Weise diese dazu geführt hat, den lange Zeit verloren gewesenen Schlüssel zur Lösung der Hieroglyphen wieder zu finden.

r. In **Handwerkerkreisen** unserer Stadt zirkulirte gegenwärtig eine Petition an das Abgeordnetenhaus, zu deren Unterzeichnung der Delegirte des Verbandes sämtlicher Tischlerarbeiter und Fachgenossen, Tischlermeister Brandes aus Berlin, in der Versammlung am Mittwoch aufforderte, und in welcher um Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen und um Errichtung von Gewerbe-Handwerker-Kammern petitionirt wird. In der Petition, welche von der Zentralkomitee des Verbandes ausgeht, wird darauf hingewiesen, daß der allergrößte Theil der jungen Leute, welche sich der Erlernung irgend eines Gewerbes widmen, sich aus denjenigen Volkskreisen rekrutirte, welche in Bezug auf Schulbildung am schlechtesten dastehen, und daß es demnach eine Nothwendigkeit sei, für die weitere Ausbildung der Handwerkslehrlinge Sorge zu tragen, da ohne eine solche erweiterte Bildung der Handwerker den heutigen Zeitverhältnissen gegenüber seine gesellschaftliche Stellung nicht mehr sichern könne. War die mangelhafte Bildung in den Handwerkskreisen habe es ermöglicht, daß die sozialdemokratischen Agitatoren für ihre ebenso thörichten als staatsgefährlichen Lehren ein so gut zu beackerndes Feld unter den Arbeitnehmern gefunden haben; zweifellos wurde eine bessere Schulbildung in jenen Kreisen das bisher stattgefundene Ueberwuchern des sozialdemokratischen Unkrauts verhütet haben. Der obligatorische Charakter der Schule sei aber um deßhalb nothwendig weil bei der mangelhaften Vorbildung der Schüler ein eigenes Erkennen der Nothwendigkeit ihrer Fortbildung nur schwer zu hoffen sei; außerdem habe aber auch ein großer Theil der Arbeitgeber die Wichtigkeit der Fortbildungsschulen nicht in genügendem Maße erkannt, und verharre in der Meinung, daß die in früheren Jahrzehnten vorhandene Bildung auch heute noch dem Handwerker genüge, aus diesem Grunde erschwere ein Theil der Arbeitgeber ihren Lehrlingen nicht nur den Besuch der vorhandenen fakultativen Fortbildungsschulen, sondern mache ihn geradezu unmöglich. Einer solchen Ausbeutung des Lehrlings durch Einzelne zum Schaden des Gewerbes und der ganzen Gesellschaft könne aber nur durch die obligatorische Fortbildungsschule vorgebeugt werden. — Was die zweite, in der Petition gestellte Forderung in Betr. der Errichtung von Gewerbe-Handwerker-Kammern betrifft, so wird darauf hingewiesen, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen die Handelskammern die Interessen des Handwerks durchaus nicht erspitzlich vertreten, schon aus dem Grunde, weil der Handelsstand von den Bedürfnissen und berechtigten Forderungen des Gewerbestandes nicht genügend informiert sei. Es sei aber eine dringende Nothwendigkeit, daß eine Zentralstelle geschaffen werde, von welcher aus durch die direkt Beteiligten Regierung und Volksvertretung zuverlässige Nachrichten über die gewerblichen Verhältnisse erhalten können etc.

— **Kupfermünze.** Die alten 2- und 4-Pfennigstücke werden nur noch bis zum 15. Februar von der Kreiskasse etwanigseht. Die Kreiskasse muß nach den Bestimmungen jeden Bogen über 12 Pfennige bis dahin einlösen. — Nach dem 15. Februar und nur bis zum 1. April nehmen die Regieruugs-Hauptkassen diese Münzen noch an. Nach dem 1. April haben sie nur den Werth von altem Kupfer.

XX **Fraustadt**, 11. Februar. [Unglücksfall.] Am verflossenen Montage ereignete sich in dem nahen Getreidedorf ein recht beklagenswerther Unglücksfall. Auf dem dortigen Vorwerk war man mit Ausdreschen von Getreide mittelst einer Göpeldreschmaschine beschäftigt, zu deren Anbetriebung auch ein Hengst vorgespannt war, der als ein bißiges Thier bekannt ist. Auf einmal stürzte dieses Thier ohne jegliche vorangegangene Mißhandlung auf seinen Kutscher los, brachte ihn zu Falle und zerbiß die eine Schulter, einen Arm und die Brust in grausenregender Weise. Auf den Hilferuf des Unglücklichen eilten sogleich mehrere A-biter herbei, welche jedoch nur mit Noth das wüthende Thier zu bändigen vermochten. Der Bedauernswerthe liegt schwer darnieder, und wird an seinem Aufkommen sehr gezweifelt.

Was längst zu erwarten war, ist eingetreten, eine offene Aushebung der fanatisirten Menge gegen solche Geistliche, welche sich dem Terrorismus der ultramontanen Leitung nicht beugen. Am 8. und 9. d. M. wurde in der hiesigen katholischen Pfarrkirche das sogenannte 40tündige Fastnachtsgebet bezangen, welches mit einem Ablass verbunden ist, zu welchem bis dahin recht viele Geistliche der umliegenden Pfarreien zu Unterstützung ihres hiesigen Konfraters zu erscheinen pflegten. Wie ich höre, soll der hiesige Probst die Einladungen an seine Mitbrüder in bisheriger Weise erlassen haben. Es waren jedoch nur 3 Geistliche erschienen, die wie der hiesige Probst bei den anderen Geistlichen als „Abtrünnige“ gelten, weil sie sich an dem Adressenschmel nicht betheiligten haben. Bei der Vormittagspredigt des Geistlichen P. aus J. entfernte sich nach und nach die Zuhörerschaft und blieben nur sehr wenige Personen in der Kirche zurück. Die Anregung hierzu gaben die einen religiösen Verein bildenden, sogenannten Marienfinder, eine Vereinigung von jungen Mädchen, die als äußeres Abzeichen ein über beide Schultern geworfenes blaues Band mit einem Marienbilde tragen und in dem hiesigen Kloster der barmherzigen Schwestern ihren Versammlungsort haben. Hier üben sie sich in religiösen Gebeten und Gesängen, empfangen von den Nonnen die Mahregeln für ihr weltliches Verhalten und werden zu Mittelspersonen herangebildet, vermöge welcher sie in den Familien Fuß fassen und ihren Einfluß in der Latenwelt ausüben. Vor der Kirche blieben die jungen Mädchen stehen beobachtigten neu ankommende Kirchgänger, daß ein abgefallener Geistlicher die Predigt halte und suchten sie von dem Eintritt in die Kirche fern zu halten. Nachmittags sollte der Geistliche E. aus J. Predigt halten. Bei dem Beginn derselben erhoben sich die in der Kirche anwesenden 4 Nonnen des hiesigen Klosters, nahmen die in ihrer Pflege befindlichen und in der Kirche gegenwärtigen Waisenfinder an sich und verließen dieselbe in offensibler Weise. Ihnen folgten die sogenannten Marienfinder und demnächst auch fast sämtliche Gemeindeangehörige, so daß sich der Geistliche vor leeren Bänken sah. Derselbe unterbrach die Predigt und begab sich über den Kirchplatz weg nach der Pfarrwohnung, da wurde er von der draußen stehenden aufgeregten Menge mit Schimpfen und Schreien empfangen und nur widerwillig durchgelassen. Erst nach und nach verließ sich die vor der Kirche angehaufte Menge, in welcher sich einzelne, verächtliche Schreier bemerklich machten und unter anderen auch ein wegen militärischen

Vergehen im Jahre 1870 zu 12 Jahren Festungshaft verurtheilten Schmuckmacher, der erst im vergangenen Jahre durch den Kaiser begnadigt worden ist, was ihn indeß nicht besser gemacht hat, da er neuerdings wieder wegen schwerer Körperverletzung eines Menschen mit mehrmonatlichem Gefängniß bestraft worden ist. Aber trotzdem ist er ein frommer Mann im Sinne der Jesuiten. — Daß solche Menschen gar nicht wissen, um was es sich handelt, sondern lediglich als Werkzeuge feig sich verbergender Agitatoren handeln, liegt auf der Hand. Auf die intellektuellen Urheber weist man mit Fingern. Das hiesige Kloster der barmherzigen Schwestern ist der Konvalescenz- und Sammelpunkt aller unter der weiblichen Bevölkerung bestehenden religiösen Vereine, durch welche sie in die Familie dringen und ihren schädlichen Einfluß in der bürgerlichen Welt ausüben. Eine Schöpfung des bekannten Domberrn Rozmian wirkt es in seinem Sinne. Die Krankenpflege und die Erziehung verwaister Kinder sind der Deckmantel, unter welchen sich die eigensüchtigen Zwecke bergen. Die Krankenpflege wird wohl geliebt, doch so, daß das Kloster nicht zu Schanden kommt, und manche Gemeinde hat bei der Entschädigungsforderung ihren Schaden nachträglich beisehen, wenn sie mit der Anstalt nicht ein vorheriges Abkommen getroffen hatte. Auch die Kinder erziehen sie, doch so, daß sie zu ultramontanen Werkzeugen werden. Jetzt komme ich zu Ihnen mein verehrter Herr Bisar Bielski! Sie werfen mir in Nr. 76 der Posener Zeitung Verleumdung vor, weil ich Sie besichtigt habe, gegenüber dem Probst Wellnitz gebeim zu nützen. Ich überlasse die Entscheidung darüber dem hiesigen Publikum, für answärtige Leser kann ich jedoch die Anführung nicht unterlassen, daß Sie Beichtiger und erster Rathgeber der hiesigen Nonnen sind. In wie weit Sie bei deren Auftreten in der hiesigen Pfarrkirche mitgewirkt haben, überlasse ich Ihrem Gewissen. Daß Ihre Rede am Dreißigsten nicht gegen den Probst Wellnitz gerichtet gewesen ist, habe ich aus Ihrer Er-

widerung vernommen und bitte Sie, wenn ich und viele Andere darüber anders denken, um Entschuldigung. Was meine weiteren Anführungen aus Ihrer Predigt anbelangt, so halte ich sie trotz Ihres Bestreitens auch jetzt noch aufrecht und kann Sie nur auf den Jesuitenspruch hinweisen: „Si fecisti, nega.“

—y— **Vissa**, 11. Februar. [Abiturienten-Prüfung. Maxtenball. Theater. Circus. Simultanfchule.] Bei der Aßern unter dem Borfig des Provinzial-Schulraths Dr. Polte am hiesigen königl. Gymnasium abgehaltenen Abiturientenprüfung erhielten 3 Oberprimaner das Zeugnis der Reife; Zweien wurde das mündliche Examen erlassen. Am 9. d. M. fand im Etablissement Wolffsruh ein Masfenball, veranstaltet von den Bürgern und dem Gesellschafts Vereine, statt; derselbe war sehr zahlreich besucht. — Die Theatergesellschaft des Herrn Thomas aus Schlesien eröffnet heute im Saale des Schützenhauses ihre Vorstellungen. — Auch der Circus Blumenfeld hat nächsten hier seinen Einzug. — Neuerdings wird wiederum das Projekt einer Kommunalchule mit simultanem Charakter ventilirt. Die evangelischen und katholischen Schul-Verwaltungen sind demselben jetzt geneigter; die jüdische hat die Simultanfchule im Prinzip bereits früher angenommen und nur gegen den Kostenpunkt erheben sich Einwendungen. Möchte eine Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten und damit eine recht baldige Einführung dieses segensreichen Instituts erzielt werden!

△ **Pinne**, 11. Februar. [Außergewöhnliche Getreiderufuhr.] Es stellt sich immer mehr heraus, daß der heurige Erdruck des Getreides ein äußerst günstiger ist. Unser Städtchen bietet seit ungefähr 14 Tagen durch eine außergewöhnliche Getreiderufuhr das seltene Schauspiel eines täglichen Wochenmarktes dar, eine Erscheinung, wie sie seit Jahren hier nicht vorgekommen ist. Uebershaupt kann sich Pinne, ein Ort von etwa 3000 Einwohnern, in Bezug auf Spiritus und Getreidehandel in Locomaaren mit jeder mittelgroßen Stadt messen, und die Gesellschaft der Rürkisch-Polener Eisenbahn dürfte daher gefehlt haben, als sie das ursprüngliche Project, den Schienenstrang durch Dulauit-Pinne zu legen, aufgegeben hatte. Wir haben jedoch bislang die Hoffnung, daß über kurz oder lang die vor 2 Jahren stark projectirte Verbindungsbahn Posen-Schneidemühl von Seiten der k. Staatsregierung, was auch bei einer vorjährigen Durchreise des Hrn. Vberpräsidenten Glüntzer einer hiesigen Deputation von demselben als Möglichkeit in Aussicht gestellt wurde, gebaut werden wird, und wir auf diese Weise endlich der Segnungen einer moderneren Kommunikation zu Theil werden.

Handwerkerverein, welcher dem Verschiden nahe war, ist durch den Oberlehrer unserer Realschule, Hrn. Dr. Beyer, neu belebt worden. Während im Jahre 1871 der Verein 81 Mitglieder zählte, gehören ihm nun 268 Mitglieder an. Hiervon kommen auf den Stand der Handwerker 153 oder 50 pCt., Beamten 45 oder 16,4 pCt., Kaufleute 31 oder 11,4 pCt., Lehrer 21 oder 3 pCt., Gewerbetreibende 16 oder 8 pCt., Gastwirthe 8 oder 3 pCt., Landwirthe 8 oder 3 pCt., Aeryte und Arother 3 oder 1,1 pCt., Rentier 3 oder 1,1 pCt. = 268 Mitglieder 100 pCt. — Die Verdienste des Vorsitzenden, Hrn. Oberlehrer Dr. Beyer, um den Verein sind außerordentlich groß und ident derselbe kein Opfer, um die Zwecke des Vereins nach allen Richtungen hin zu fördern. Die tüchtigsten Kräfte der Stadt hat er ihm auszufern verstanden und sie für Vorträge aus den verschiedensten Gebieten zu gewinnen gewußt. Im verfloffenen Jahre fanden während der Wintermonate 24 Vereinsabende statt, in denen 18 Vorträge gehalten wurden. — Bei Tagesfragen, wie z. B. „Bespredung über Wahl- und Schlachtfleuer“ u. s. w. wurde aus Nichtmitgliedern der Zutritt gestattet. Um auch den Familiengliedern für den Verein ein gewisses Interesse beizubringen, fanden auch Theateraufführungen, Konzerte, musikalische und deklamatorische Vorträge statt. — Außer den Vorträgen, an die sich mehrfach Debatten angeschlossen, wurde eine große Zahl von Fragen, theils sofort, theils in einer späteren Versammlung beantwortet, interessante Mittheilungen wurden aus Zeitschriften, Büchern u. s. w. vorgelesen, erörtert und eingehend besprochen. Der Verein ist corporatives Mitglied der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Berlin; ebenso gehört er zum Schlesischen Zentral-Gewerbe-Verein. Seine Bibliothek hat fast 700 Bände, die zu jeder Zeit den Mitgliedern zur Verfügung stehen. Außerdem zirkuliren unter den Mitgliedern eines besonders eingerichteten Lesekranks verschiedene Zeitschriften, von denen in jeder Woche 11 Nummern ausgegeben werden. — Mit dem Beginn dieses neuen Jahres ist die obligatorische Fortbildungsschule eröffnet worden, an der unter der Leitung des Herrn Oberlehrers Dr. Beyer Seminare, Elementar- und technische Lehrer wirken. Diese obligatorische Fortbildungsschule war jedoch von vielen Handwerkern nicht gebilligt worden, wodurch Hr. Dr. Beyer, welcher wünschte die Majorität derselben nicht mehr hinter sich zu haben, sich veranlaßt fühlte, den Vorsitz im Handwerkerverein niederzulegen. Es wurde nun Behufs Neuwahl eines Vorsitzenden in diesen Tagen eine General-Versammlung abgehalten, die außerordentlich stark besucht war. In geheimer, durch verdeckte Stimmzettel erfolgten Abstimmung, fielen jedoch alle Stimmen dem Herrn Dr. Beyer zu, und hat somit derselbe eine allseitige, für seine um den Handwerkerverein wohlverdiente Anerkennung erhalten. Von einer sofort an ihn abgeandten Depuration von seiner einstimmig erfolgten Wiedewahl in Kenntniß gesetzt und abgeholt, wurde derselbe bei seinem Eintritt in den Saal stürmisch begrüßt. Dieser sprach in freudig ertreten Worten seinen Dank über die Eintheiligkeit der Mitglieder und über das große Vertrauen und das ihm von Neuem entgegengebracht wurde und knüpfte hieran die Versicherung, das Interesse des Vereins fernerhin mit treuer Eingeung fördern zu wollen.

S. Schrimm 12. Februar. [Vernehmung in Sachen des Geheimdelegaten.] Heute wurde der Propst und Defak Andersz aus Jaraczewo durch den Distrikts-Kommissarius aus Kions sistirt, um hier als Zeuge in Sachen des geheimen Delegaten vernommen zu werden. Da der Distrikts-Kommissarius allein nach Hause zurückkehrte, so ist anzunehmen, daß Propst Andersz die Ablegung des Zeugnißes verweigert hat und deshalb in Haft behalten worden ist.

f. **J. Inowracin**, 12. Februar. [Dampfbäderi. Zuckersfabrik.] Wie ich höre, soll Herr Rittergutsbesitzer Dr. v. Willonow Kommino beabsichtigen, das in der Nähe des Neuen Marktes unferne der Dampfmaschinfabrik belegene Wicartewicz'sche Grundstück anzukaufen, um auf demselben eine Dampfbäderi zu etabliren. — Siche-rem Vernehmen nach soll nunnmehr die Erbauung der Zuckersfabrik in der Nähe der Station Ansee definitiv beschloffen worden sein.

Die Provinz Posen im Staatshaushalts-Stat
für 1875.

XX Im Eisenbahnetat sind u. A. zu Erweiterungsanlagen an den Bahnhöfen in Bromberg und Schneidemühl 360,000 Mark ausgeworfen. In den Erläuterungen zum Etat heisst darüber: -

In Folge des Baues der Posen-Bromberger Eisenbahn und der hierdurch vermehrten, nach den verschiedenen Routen zu trennenden Personenverkehrs auf Bahnhof Bromberg hat sich eine größere Umgestaltung des Empfangsgebäudes daselbst, sowie die Herstellung einiger Nebenanlagen als nöthig herausgestellt. Zur Deckung der im Ganzen zu 240,000 Mark veranschlagten Kosten sind als erste Rate zur Herstellung der Retirade, zu den Fundamenten der Anbauten und zur Beschaffung der Materialien 150,000 Mark vorgesehen, während der Rest von 90,000 Mark in den Etat für 1876 aufgenommen werden soll. Auf Bahnhof Schneidemühl werden 68 Stände zur Unterbringung der dort stationirten Lokomotiven gebraucht. Vorhanden sind erst 30, in der Ausführung begriffen 18, daher noch erforderlich 20 Stände. Dieselben sollen durch Verlängerung des in Ausführung begriffenen Schuppens hergestellt werden und sind zu 210,000 Mark veranschlagt.

Im Zustieg ist ein Ausgeseit: Zum Neubau eines Geschäftshauses der Abtheilung für Untersuchungssachen und eines Gefängnisses.
(Fortsetzung in der Beilage.)

des Kreisgerichts zu Posen eine fernere Rate von 400 000 Mark. zum Neubau eines Gefängnisses für das Kreisgericht in Krotoschin 34.140 M. (letzte Rate), zum Neubau eines Gefängnisses für das Kreisgericht zu Kamitz 25.500 M. (letzte Rate) und zum Neubau eines Gefängnisses für das Kreisgericht zu Gnesen 30.570 M. (letzte Rate). Als besonders dringlich erscheint die Vollendung des neuen Kreisgerichtsgefängnisses in Posen. Wie wir in unserem Freitag-Mittagsblatt meldeten, sind allein im Monat Januar aus dem hiesigen Kreisgerichtsgefängnis wegen mangelnder Lokalitäten 60 Personen auswärtigen Gefängnissen überwiesen worden und trotzdem soll es überfüllt sein. Auch seitens des Staates wird die Nothwendigkeit der Beschleunigung dieses Baues anerkannt. Es heist darüber in den Erläuterungen zum Justizetat: „die vollständigen Projekte zu diesem Bau sind speziell veranlagt auf 504.000 Mark für das Gefängnis, 518.000 Mark für das Hauptgefängnisgebäude, 172.500 Mark für das Hofgefängnis und 216.590 Mark für die Nebenbauten, Einrichtung der Wasserleitung, der Gasbeleuchtung, die Anschaffung der Utensilien, wozu indessen noch die Kosten für die innere Einrichtung des Gefängnisbaues treten. Da der Bau bei den großen Mängeln der jetzigen Lokalitäten überaus dringlich ist und vorzugsweise der Beschleunigung bedarf, so ist die Vollendung der Bauausführung Ende 1875 oder spätestens Anfang 1876 zu erwarten. Zu den für 1874 zahlbar gewordenen 486.000 Mark müssen daher für 1875 weitere 400.000 in Anspruch genommen werden, wogegen die Verwilligung des Restbetrages, auf welchem der Ertrag der Wietken und der Erbsen aus den mit dem Bauplatze übernommenen Salz-Magazin-Gebäuden in Anrechnung zu bringen ist, bis 1876 ausgelegt bleiben kann.“

Staats- und Volkswirtschaft.

Banknachrichten. Eine Weimar. Ministerialbekanntmachung weist auf einen Antrag der Weimarschen Bank die Staatskassen des Großherzogthums an, dem 9. d. M. an keine Weimarschen Banknoten zu 10 Thlr. mehr anzunehmen, damit deren Zurückziehung aus dem Verkehr möglichst beschleunigt werde. Aus gleichem Grunde dürfen die Staatskassen die Appoints zu 20, 50 und 100 Thlr. nur noch bis zum 1. November d. J. in Zahlung annehmen. — Trodem die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Aktionäre der Stettiner Bank ein Bank wegen Liquidation der Gesellschaft bei dem Gericht Anstand gefunden haben, wird der „Börs. Ztg.“ zufolge mit der faktischen Liquidation der Geschäfte der Bank doch begonnen. Bereits zum 6. Febr. sind, wie wir bereits gemeldet haben, seitens der Direktion alle Einlagen, für welche eine besondere Kündigungsfrist nicht verabredet war, gekündigt worden. Man scheint sich also, fügt das oben genannte Berliner Blatt hinzu, entschlossen zu haben, die unvermeidliche Liquidation dadurch vorzubereiten, daß man neue Engagements nicht eingeht und die bestehenden abwickelt. Sobald die Liquidation dann in formell gültiger Weise beschlossen ist, wird die Ausführung des Beschlusses keine Schwierigkeiten mehr bieten. — Die soeben veröffentlichte Uebersicht der Geschäftsergebnisse und der Bilanz des Berliner Kassens Vereins entnehmen wir, daß im vergangenen Jahre überhaupt 25.223.800 Thlr. in Wechseln angelegt worden sind und daß der Lombard-Verkehr 18.156.350 Thlr. betrug. Die zum Incasto übernommenen Wechsel und Rechnungen betrugen 2.091.865.700 Thlr. Durch Contingierung wurden von den Incasto Summen 1.513.865.700 Thlr. abgedeckt. Die gesammelten Transaktionen beliefen sich auf 4.597.025.300 Thlr. Der Ertrag beläuft sich auf 279.603 Thlr., von denen 192.000 Thlr. = 19 1/2 pCt. des Aktien-Kapitals als Dividende an die Aktionäre verteilt werden. (S. Ausz.) Der Reservefonds hat bereits die statutenmäßige Höhe von 150.000 Thlr. erreicht. Von den Kassen waren durchschnittlich 687.337 Thlr. in Zirkulation. In der am Mittwoch abgehaltenen General-Versammlung der Aktionäre wurden nach Erleuchtung sämtlicher auf der Tagesord. stehenden Fragen die erforderlichen Neuwahlen vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrathes wählte die Versammlung Herrn Geh. Kommerzienrath Warshawski, zum Stellvertreter desselben Herrn A. Meyer und in den Ausschuss die Herren Ernst Mendelssohn-Bartholdy und Kommerzienrath Gelpke.

Feuer- und diebstahlsichere Kassen-Schränke in anerkannt vorzüglicher Qualität.

Feuer- und diebstahlsichere Cassetten, elektrische Haustelegraphen empfiehlt die Eisenhandlung von

T. Krzyzanowski.
Schuhmacherstr. 17.

Patentirte

Atmosphärische Gaskraftmaschine

System LANGEN & OTTO

1/4, 1/2, 1 und 3 Pferdekraft

Erprobte, billige Betriebskraft in neuer vereinfachter Construction.

Mehr als 2000 Maschinen im Betrieb. Gasverbrauch nur 1/4 Cubikmeter pro Stunde und Pferdekraft.

Anstatt Gas- auch Petroleum-Destillate verwendbar

Gasmotorenfabrik Deutz in Deutz bei Köln.

Große Auswahl von Billards

in verschiedenen Größen und Facons für Salons und Restaurationen, sowie kleine Pöcher-Billards für Familiengebrauch nebst Elfenbeinbällen, bestes Tuch, Neues, französische Neuesleder und alle in dieses Fach schlagenden Artikel empfiehlt zu zeitgemäß billigen Preisen

R. Letzner, Billardfabrikant

zu Breslau, Klosterstraße 81.

Wiener Welt-Ausstellung 1873.

Verdienst-Medaille für Dampfmaschinen.

Dampfmaschinen und Dampfmaschinen

Liefert als **Spezialität** in jeder Größe nach neuesten und anerkannt besten Konstruktionen die

Action-Gesellschaft Görlitzer Maschinenbau-

Anstalt und Eisengießerei

in Görlitz.

Zu den Ausweisen der fremden Banken. Der Wochen- ausweis der Bank von England konstatirt keine wirklich tiefgreifenden Veränderungen, über bedenklich bleibt es doch, daß die Bank nur in Folge einer entsprechenden Einlage der Regierung in der Lage war, den an sie gerichteten Anforderungen ohne eine abermalige starke Verschlechterung des Verhältnisses der einzelnen Positionen zu genügen. Die Bank mußte im Wechselverkehr 225.370 Pfd. Sterl. abgeben und gleichzeitig an Privatdepotisten 903.138 Pfd. Sterl. ausbezahlen, wogegen freilich die Einlage des Staats in Höhe von 1.108.795 Pfd. Sterl. die Möglichkeit an die Hand gab, den erwähnten Anforderungen zu entsprechen, ohne ihre Reserve in nennenswerther Weise in Anspruch zu nehmen. Der Verminderungs des Baarvorraths um 467.068 Pfd. Sterl. steht eine Abnahme der Notenzirkulation um 450.570 Pfd. Sterl. gegenüber, so daß die Totalreserve nur um 16.498 Pfd. Sterl., die Notenreserve um 92.985 Pfd. Sterl. und das Verhältniß der Reserven zu den Passiven bloß um ca. 1/2 pCt. gefallen ist. — In dem Wochen- berichte der Bank von Frankreich ist der Einfluß der Zeichnungen auf die pariser Stadtschulden sichtbar. Die Bank hat 147.338.000 Fr. Wechsel aufgenommen, die Abnahme der Privat-Depositen zum Zwecke der Zeichnungen ist nicht ersichtlich, und jedenfalls ein Theil der hinterlegten Kautions der Bank aufgelassen und haben sich deshalb die Privat-Depositen um 248.240.000 Fr. gesteigert. Die Vorkasse vermehrte sich um 9,9 Millionen Fr., das Guthaben des Staats- schatzes um 15.318.000 Fr. wogenommen. Aus diesen Bewegungen resultirte ein Geldeinbruch von 106,3 Mill. Fr., während sich der Metallvorrath um 72,0 Mill. vermehrte und der Noten-Umlauf um 56,5 Mill. verminderte. — Der Ausweis der österreichischen Nationalbank endlich zeigt einen ziemlich rapiden Rückgang des Bank- Portefeuilles. Der Gesamte hat in der letzten Woche wieder um nicht weniger als 4.859 Millionen abgenommen, der Lombard um 0,593 Millionen. Der Banknot-Umlauf zeigt eine Verminderung von 3,268 Millionen und sind gleichzeitig 0,754 Millionen Staatsnoten an die Kassen der Bank zurückgeführt. Noch sind hervorzuheben die Entnahmen aus den Giro-Einlagen von 0,331 Millionen, sowie die Verminderung der einmündenden Bank-Anweisungen und sonstigen Passiven um 0,663 Millionen. Die Notenreserve beträgt 52,96 Mill. und mit Einrechnung der im Besitze der Bank befindlichen Staatsnoten 54,528 Millionen; dieselbe beträgt demnach gegen die Vorkasse mehr 3,656 Millionen, beziehungsweise mehr 4,41 Millionen.

Vermischtes.

Berlin, 11. Februar. Das lebensgroße Portrait des Reichs- kanzlers, welches für das neue Hofgebäude in Göttingen von Professor Moritz Schulz in lararischen Marmor angefertigt wurde, hat, wie der „Han. Kur.“ mittheilt, der Fürst am Sonnabend in Augenschein genommen. Bekanntlich hat Fürst von Bismarck in Göttingen studirt, und trägt die architektonische Einrahmung des Portraits in vergoldeten Lettern die Aufschrift: „Fürst von Bismarck studierte in Göttingen 1832–1833“.

Kassel, 9. Februar. Wie bekannt, wurde vor einigen Wochen in Kassel von Seiten eines Zuchthausgefangenen ein Mordanschlag gegen den Zuchthausdirektor Hauptmann a. D. von Ziegler gerichtet. Die „N. A. Z.“ erzählt darüber, daß ein vollständiges Komplot unter ca. 40 der Insassen bestanden hat, welches hauptsächlich den Zweck hatte, aus der kasseler Strafanstalt fortzukommen und nach Erfurt zu verziehen, wo nach Angabe einiger mit den dortigen Verhältnissen vertrauten Individuen die Behandlung eine bessere sein sollte. Der Zuchthausgefangene Nieder, ein schon oft bestraffter Mensch der zuletzt eine längere Zuchthausstrafe in Herford verbüßt hat und seit einem Jahre in Kassel internirt ist, hatte darum gebeten, dem Direktor ein Gesuch persönlich vorzutragen zu dürfen, was ihm mit Rücksicht auf die bisherige gute Führung in der Anstalt gestattet wurde. Bei der Vorführung gefragt, was er wünsche, erklärte er: „Wenn die Gefangenen nicht alle Tage Fleisch bekommen, dann ist das Staatsbetrug.“ — Als der Direktor die sofortige Abführung des frechen Menschen anordnete, stürzte dieser mit dem bis dahin verborgenen großen Messer auf den Direktor los, welcher dem gegen die

Brust gerichteten Stoß den linken Arm entgegenhielt; das Messer zerfleichte den Arm und drang in den Knochen dicht unter dem Gelenk tief ein. Ueber das Befinden des Direktors verläutet, daß derselbe die Geschäfte der Direktion bis jetzt noch nicht wieder übernehmen konnte, wenngleich die Gefahr betreffs eines etwaigen Verfalls des Armes vorüber ist. Der Mordtäter, der nur mit großer Mühe zu händigen war, wurde zunächst zu seiner Verurteilung 2 Stunden auf einen Bod geschnallt. Am folgenden Tage erhielt derselbe auf Befehl der königlichen Regierung in Kassel 30 Peitschenhiebe; außerdem ist die Untersuchung gegen ihn wegen Mordversuches im Gange, und wird der Fall voraussichtlich in der nächsten Schwurgerichtssitzung hieselbst zur Verhandlung kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

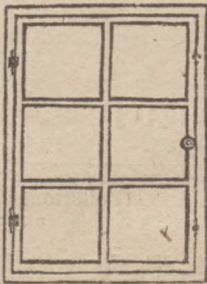
Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 12. Februar. Das Abgeordnetenhaus nahm heute in dritter Lesung den unveränderten Gesetzentwurf über den Rechtszustand des Herzogs von Arenberg an, setzte die Etatsberathung fort und genehmigte die betreffenden Etatitel. Abg. v. Kardorff kündigte für die dritte Lesung einen Antrag auf Aufhebung der Seehandlung an, welche mit der Gründung der Reichsbank im Widerspruch stehe. Betreffs der Preuß. Bank erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage Miquel's, die Vorlage über die Umwandlung der Bank in eine Reichsbank werde dem Hause demnächst zugehen. Die Errichtung von Bankfilialen in deutschen Bundesstaaten, deren Regierungen solche wünschen, sei vorgesehen.

Posener Landwirth.

Die soeben erschienene Nr. 7 des „Landwirthschaftlichen Central- blattes für die Provinz Posen“, herausgegeben von Prof. Dr. Peters, hat folgenden Inhalt:

Ueber ländliche Spielschulen. — Ueber die neueren Apparate und Methoden der Maischebereitung. — Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht. — Bekanntmachung. — Korrespondenzen und Zeitungsanmeldungen: Posen. — Pissa. — Noworoclaw. — Pleschen. — Klein-Sittow. — Schwerin a. B. — Protokoll der Generalversammlung des landw. Central-Vereins für den Kreis-Bezirk. (Fortsetzung.) — Jahrmärkte. — Vereinskalender. — Personalien. — Briefkasten. — Fragelasten. — Marktberichte. — Anzeigen.



Gusseiserne Fenster,
in 1079 Mustern,

offerirt zu Fabrikpreisen

Posen, Breslauerstraße 38.

H. Klag.

Eine Million Eryl. wurden in nicht ganz zwei Jahren von dem be- habte Million rühmten Buche: Dr. Viry's Naturheilmethode abgesetzt, jedenfalls der beste Beweis für die Giebigkeit desselben und darf dies illustrierte Werkchen mit Recht selbst den schwerst darnieder- liegenden Kranken dringend als letzter Hoffnungsstrahl empfohlen werden. Vorräthig bei F. J. Seine in Posen.

Dominium Gora bei Jarocin.

Die beiden Königl. Hengste Tempel, braun, 10 Jahr alt, und Cadmus, Fuchs, 4 Jahr alt, werden in Brustow zu 4 Thlr. und 3 Thlr. von jetzt ab decken.

Wird von Montag den 15 d. M. ab nach Stettiner Art fabricirte triebkräftige Getreide-Gese in kleineren und größeren Quantitäten verkauft und bittet man sich Proben kommen zu lassen.

Auch ist daselbst Kaiser-Weizen-Mehl der Centner u 5 Thlr. zu verkaufen.

Auf der Herrschaft Chociszewice bei Pempowo decken von heute ab folgende Königl. Hengste:

1. Ugramant, Schimmel, für 12 Km. 75 Pf.
2. Manuscript, braun, für 12 Km. 75 Pf.
3. Magnus, schwarzbraun, für 9 Km. 75 Pf.
4. Gitschin, rothbraun, für 9 Km. 75 Pf.
5. Vital (Englisch = Vollblut) Goldfuchs für 9 Km. 75 Pf.
6. Zaphet (Arabisch-Vollblut) Fuchs für 6 Km. 75 Pf.

Nachzucht von Vital im Gestüt zu Smogorzewo bei Sandberg zu befehen.

Stallungen für fremde Pferde be- sorgt.

Chociszewice, 11. Februar 1875.

Gräfl. Wyciel'sche Do-

minial-Verwaltung.



Man fordere einen Schwassmann'schen Petroleum-Koch-

ofen, unter welchem Namen sie allgemein beliebt und in vielen Geschäften Deutschlands zu haben sind. Illustr. Preis-Courant gratis. Lieferung zollfrei

Die Tafelglas-Handlung, Werkstat für

Glaserei u. Bilderrahmen-Fabrik von

M. Nowicki & Grünastel,

Posen, Jesuitenstr. 5.

empfehlen ihr reichhaltiges Lager von Bildern, Spiegel-

und Photographie-Rahmen, Gold-, Polir- und

Antique-Leisten, Tapeten-Leisten, Gardinen-

stangen, Gardinenhalter, Consolen etc. etc.

Ed. Puls,

Bauschlosserei und Fabrik schmiede-

eiserner Ornamente,

Berlin O., Holzmarktstraße 13,

nahe der Brückenstraße,

fertigt in feinen bedeutend vergrößerten und neu eingerichteten

Werkstätten:

Einfache und verzierte Anker-, Tresor-Einrichtungen,

Garten-Balkon- und Grabsteine, Thür- und Fen-

sterbeschläge, eiserne Schaufeln, Fische- und Fenster-

gitter, Messing- und Bronze-Garnituren, eiserne Treib-

häuser, Treppengeländer, Candelaber, Ventilationsfen-

ster, Glasräder, Oberlichte, Wetterfahnen, Kronenleuch-

ter, eiserne Kassetten, Perronüberdachungen, schmiede-

eiserne Treppen, eiserne Fensterläden, eiserne Haus- und

Gartenthore, diebstahlsichere Schiebel-Jalousien nach eige-

nen oder gegebenen Zeichnungen zu billigen Preisen

und kürzesten Fristen.

Holzmarktstraße Nr. 13.

Die neuesten und besten Petroleum-Kochöfen,

einzig wirklich dinstfrei, sparsam und gefahrlos,

haben im Eigenthum den Stempel

Schwassmann & Co.,

Hamburg.

Man fordere einen Schwassmann'schen Petroleum-Koch-

ofen, unter welchem Namen sie allgemein beliebt und in vielen Geschäften Deutschlands zu haben sind. Illustr. Preis-Courant gratis. Lieferung zollfrei

Die Tafelglas-Handlung, Werkstat für

Glaserei u. Bilderrahmen-Fabrik von

M. Nowicki & Grünastel,

Posen, Jesuitenstr. 5.

empfehlen ihr reichhaltiges Lager von Bildern, Spiegel-

und Photographie-Rahmen, Gold-, Polir- und

Antique-Leisten, Tapeten-Leisten, Gardinen-

stangen, Gardinenhalter, Consolen etc. etc.

Ed. Puls,

Bauschlosserei und Fabrik schmiede-

eiserner Ornamente,

Berlin O., Holzmarktstraße 13,

nahe der Brückenstraße,

fertigt in feinen bedeutend vergrößerten und neu eingerichteten

Werkstätten:

Einfache und verzierte Anker-, Tresor-Einrichtungen,

Garten-Balkon- und Grabsteine, Thür- und Fen-

sterbeschläge, eiserne Schaufeln, Fische- und Fenster-

gitter, Messing- und Bronze-Garnituren, eiserne Treib-

häuser, Treppengeländer, Candelaber, Ventilationsfen-

ster, Glasräder, Oberlichte, Wetterfahnen, Kronenleuch-

ter, eiserne Kassetten, Perronüberdachungen, schmiede-

eiserne Treppen, eiserne Fensterläden, eiserne Haus- und

Gartenthore, diebstahlsichere Schiebel-Jalousien nach eige-

nen oder gegebenen Zeichnungen zu billigen Preisen

und kürzesten Fristen.

Holzmarktstraße Nr. 13.

Auf der Herrschaft Smogorzewo bei Sandberg decken von heute ab folgende Königl. Hengste:

1. Thingumbob (Englisch-Vollblut), dunkelrothbraun, für 12 Km.
2. Catull, schwarzbraun, für 12 Km.
3. Gentil, braun, für 9 Km.

Nachzucht vom Thingumbob hieselbst im Gestüt zu befehen.

Stallungen für fremde Pferde be- sorgt.

Smogorzewo, 11. Februar 1875.

Gräfl. Wyciel'sche Do-

minial-Verwaltung.

Meine diesjähr. Zucht-

Bieh-Auction fällt aus

und stehen dafür junge

sprungfähige Bullen,

Amsterdamer Race, so-

wie junge Ober mit

kurzer Schnauze, schon

von jetzt ab hier zu

freihändigem Verkauf.

Wilewken bei Neuen-

burg W.-Pr.

Fournier.

Bouquets und Kränze

von frischen Blumen werden zu jeder

Zeit geschmackvoll angefertigt und em-

pfehle auch mein schönes Sortiment

Blattpflanzen, sowie blühende Topf-

gewächse. Bestellungen von Außerhalb

werden pünktlich ausgeführt und be-

rechnen für Verpackung nur die baaren

Auslagen.

Albert Krause,

Kunst- und Gandelgärtner,

Samenhandlung

Posen, Fischerei Nr. 7.

Hagel-Versicherungsbank für Deutschland von 1867

in Berlin SW., Hohlmannstraße 30,
gegründet auf Gegenseitigkeit der Mitglieder.

Für die Campagne 1874 erhalten die Mitglieder **10 pCt. Dividende** von der Prämie zurück. — Die Durchschnittsprämie hat pro 1874 im ganzen Geschäftsgebiet für alle Fruchtgattungen nur 19 Sgr. 10 1/2 Pf. pro 100 Tlir. = 66 1/2 Pf. pro 100 Rm betragen.

Liberalen Versicherungsbedingungen; prompte Regulierung der Schäden. — Agenten werden unter günstigen Bedingungen angestellt und darauf bezügliche Offerten mit Aufgabe von Referenzen erbeten.

Posen, Februar 1875.

Die General-Agentur
Eugen Kraehahn.

**Technicum
Mittweida.**
Königreich Sachsen.

Höhere Fachschule
für Maschinen-Ingenieure, Werkmeister etc. Lehrpläne gratis durch die Direction. — Aufnahme: 15. April. Vorunterricht frei.



Schaffschau.

Am 20. und 21. Mai d. J. findet gleichzeitig mit dem Zuchtpferde-Markt in Neubrandenburg eine **Schaffschau** statt, und werden Besitzer von Stamm- und Westschaffereien aufgefordert, sich durch Ausstellung von Zucht-, Absatz- und Mastvieh zu betheiligen.

Der Zweck d. s. Unternehmens ist, Käufern Gelegenheit zu geben, in bequemer Weise sich zu überzeugen, welches Material für Zucht und Mast geboten werden kann, und mit den Ausstellern in direkte Verbindung zu treten. Jede Prämierung oder öffentliche Anerkennung ist ausgeschlossen.

Programme werden auf Wunsch versandt, und nimmt Anmeldungen, die bis zum 1 April d. J. erfolgen müssen, der Bevollmächtigte Hr. **August Blanck-Neubrandenburg** entgegen. (H. 0745)

Das Comité.

v. Below-Jargelin. Aug. Blanck-Neubrandenburg. C. Broom-Mierendorf. Heydemann-Krebsow, Königl. Preuß. Oberamtmann. Jürgens-Matzdorf. v. Oertzen-Neddemin, Rittmeister a. D. Paetow-Lalendorf. Peters-Siedenbollentin, Königl. Preuß. Oekonomierath. Thilo-Neubrandenburg, Schafferei-Direktor.

Zur Saat

offeriert:

Gerste, Hafer, Erbsen, Wicken, gelbe und blaue Lupinen, Roggen, Weizen, echten amerikanischen Pferdezeanmais,

Alee, Luzerne, Gräseren und überhaupt alle Arten von Feld-, Wiesen- und Waldsämereien in bester Qualität billigt

S. A. Krueger,

(H. 2222a.)

Posen, Friedrichstraße 27.

Markt **L. Brodnitz** Markt 53.

empfehlen sein reichhaltig assortirtes Lager in Leinwand, fertiger Wäsche, Tisch-, Bett- und Regigerzeugen, Atlanten etc. zu den billigsten Preisen.

Ausstattungen jeder Art, von den einfachsten bis zu den besten Genres, werden zur promptesten und schnellsten Besorgung übernommen.

Vereinigte chemische Fabriken
zu Leopoldsdorf.

Actien-Gesellschaft in Leopoldsdorf-Stadt und deren Filiale

Die Patent-Kali-Fabrik A. Frank in Stassfurt.

empfehlen zur nächsten Bestellung, besonders für Hackfrüchte, Handelsgewächse und Futterkräuter, für Culturen auf Bruch- und Moorboden, sowie als sicherstes und billigstes Düngungs- und Verbesserungs-Mittel saurer und vermooster Wiesen und Weiden ihre

Kali-Düngmittel und Magnesia-Präparate

unter Garantie des Gehaltes und unter Controle der Landwirtschaftlichen Versuchs-Stationen. Prospekte, Preislisten und Frachtabgabe gratis und franco.

* Unsere Düngsalze sind nicht zu verwechseln mit dem jetzt vielfach ausgetretenen f. g. ächten Rainit — einem rohen Bergprodukt — welcher große Mengen von schädlichem Chlormagnesium enthält.

Schärpen

recht elegant in allen Farben mit Gürtel in Taffet und Rips
a 15 Sgr.!! 20, 30 Sgr.
Schärpenband, recht breit, alte Elle 6 Sgr., 7 1/2 bis 15 Sgr.

Damenschleifen in größter Auswahl, Bufen Schleifen schon pro Duz. a 20 Sgr.

Seiden) Shawls in allen Farben
Cöper) 1/2 Dbd. 12 1/2 Sgr.

Cachenez f. Damen 6 1/2 u. 7 1/2 Sgr.
rein seidene f. Herren 15 u. 20 Sgr.

Zarlatan, Tüll, Muss u. zu kleb. billigt; — Rips. Bique 5 Sgr., Unterwäsche. in Moiré a 35 Sgr., in Zanella 50 Sgr. (für Confirmanden nur 45 Sgr.)

Gardinen

in größter Auswahl und zwar Mullgardinen schon Stück — c. 33 alte Ellen von 2 Tlir. 5 Sgr. Zwirn-Gardinen 5 1/2 Tlir. Wasser-Bettdecken, nur ganz große mit Franzen a 27 1/2 Sgr. — 35—50 Sgr. (H. 1528.)

Taschentücher
d. ganze Dbd. 15 Sgr., rein leinen für Herren 1/2 Dbd. 20 Sgr.
Spezielle Preisconrante gratis franco!
Siegfried Schwarz.

Berlin,
Kommandantenstraße 77
25. Laden 25.

Sackdrillische,

fertige Säcke mit und ohne Naht, sowie alle Sorten grauer Leinwand empfiehlt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen

L. Brodnitz,
Markt 53.

Von den nach besten System gearbeiteten Drehschrauben halte Kommandite für Posen und Umgebung Schloßstr. 88 bei Mühlte und Graben 40/41 bei Jacobi. Briefe und Bestellungen ebenfalls dahin zu richten.

Berthholle-Gelgemäße wegen Mangel an Raum billig zu verkaufen Langestr. 16, parterre.

Für Korbwarenhändler.

Reiseförbe in allen Größen zu billigen Preisen bei
J. Oettinger
in Marienwerder.

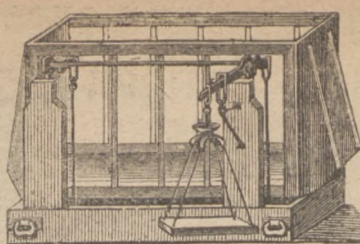
Korbarbeiten

aller Art, sowie Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt bei
F. Polster, St. Martin 15.

Schlittschuhe

für Herren und Damen verkauft zu Fabrikpreisen um damit zu räumen

C. Preiss,
Breslauerstr. 2.



Viehwaagen mit und ohne Geländer,
Decimalwaagen,
feuer- und diebesichere
Geldschränke und
Cassetten

empfehlen zu recht billigen Preisen die Eisenhandlung von

T. Krzyzanowski, Schuhmacherstr. 17.

**Möbel-
Fabrik.**

Errichtet
1866.

En-gros-
En-détail

Export.

Spezialität massiv gebogener Möbel

empfehlen die so beliebten und solid gearbeiteten Fabrikate, als: Sessel, Sopha, Stühle, Clavierstühle, Wiegestühle, Tabourets mit Holzgeflecht, auch zum Polstern und reizend für Stickereien zu mäßigen Preisen. Zeichnungen und Preise franco. Aufträge werden prompt effectuirt. Einrichtungen für Salons, Restaurants, Hotels u. s. w. Bei Entnahme größerer Posten Rabatt. Stühle von 22 Tlir. an per Duzend.

Johannes Scheel, Berlin, SW. 50, Friedrichstr.

Geldschränke !!!

1- u. 2-flügelig, Stahlpulte, Pfeilertische, feuerfest und diebesicher empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen die Hauptniederlage von

Moritz Tuch, Breitestr. 18b.

NB. Durch meine langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zu ebenso renommirten wie leistungsfähigen Fabriken bin ich in der angenehmen Lage, jeder soliden Konkurrenz genügend zu begegnen und allen gerechten Anforderungen bestens zu entsprechen. D. D.

Avis.

Während der Frankfurt a. O.

Messe befindet sich auch dieses Mal mein

Galanterie-, Kurz- und Lederwaren-Lager

Sunderstr. 25 am Markt

und erlaube mir besonders Wiederverkäufer von

Portemonnaies, Cigarren- und Damentaschen, Notizbücher, Uhrketten, Messer und Löffel, Seifen u.

zu den bekannt billigen Preisen aufmerksam zu machen.

Joseph Jacob aus Breslau.

Breitsäemaschinen,

ein- und zweipferdige,

einpferdige

Aleesäemaschinen,

sowie

Kieifersamen-

Drillmaschinen,

auch auf der Bremer

Ausstellung sämtlich

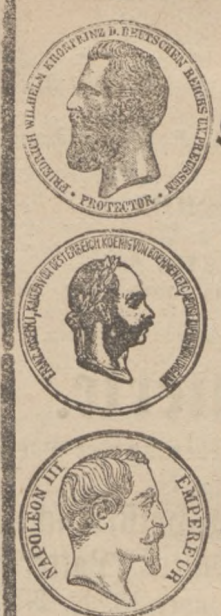
prämiirt, empfiehlt

E. Drewitz,

Eisengießerei und

Maschinenbauanstalt,

Thorn.



J. Oschinski's Gesundheits- und Universal-

Seifen

haben sich bei rheumatisch-gichtischen Leiden, Wunden, Salzfluß, Entzündungen und Bleichen als heilsam bewährt. Zu beziehen in Posen bei

A. Wutke,

Wasserstr. 8/9.

**R. F. Daubitz'scher
Magenbitter,**

fabricirt vom Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Neuenburgerstraße 28.

Möge Jeder, der mit Hämorrhoidal-Beschwerden, Magen-schwäche, Appetitlosigkeit, Stuhlverstopfung und dergleichen Uebel behaftet ist, unverzüglich zu dem diätetischen Hausmittel, dem

**R. F. Daubitz'schen
Magenbitter*)**

greifen, und wir sind fest überzeugt, daß er in nicht langer Zeit sich wohl und gekräftigt fühlen wird.

*) Zu haben in Posen bei C. A. Brzozowski und W. F. Meyer & Comp.

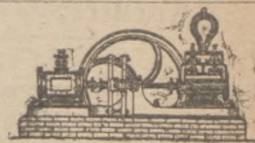
Waffen!

Ausverkauf von Revolvern, Cal. 7 mm., das ganze Dbd. nur 28 Tlir. Einzelne Proben n. 3 Tlir. Cal. 9 mm., Dbd. 33 Tlir. Einzelne n. 3 1/2 Tlir. Dieselben sind 6-schüssig mit langen und kurzen Läufen, mit Sicherheits-Feder. 50 Patronen nur 12 1/2 Sgr. Jagd - Hinterlader, schon ein gutes, sicheres Gewehr von 17 Tlir. an. 500 gute Lefauchaux-Hälsen für 4 Tlir., Jagdtaschen, Gewehrriemen, Lademaschinen, Gewehr - Futterale. Geräuschlose Lesings von 7 Tlir. an bei Sippolit Mehles, Berlin, Auguststr. 22. Bitte nur gegen Vorbehalt oder Einzahlung. Meine 38-jährige Reellität weltbekannt.

Ein gebrauchter halberbederter Wagen ist billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Herr Nowicki, Lademeister.

Zwei alte Flügel, im brauchbaren Zustande, einer für 35, der zweite für 70 Tlir. zum Verkauf bei C. Cede Bismarckstraße 7.

Begebreit - Siebe zu weißen und rothen Alee empfiehlt **Joseph Wunsch,** Sapiehaplag u. Friedrichstr. Ecke 36.



**Verbesserte
Dampfpumpen**

für Dampfseffel- und Reservoir-Speisung u. von diesen 350 Stück im Betrieb, liefern für jede gewünschte Leistung ab Lager

Wegelin & Hübner,

Maschinenfabrik und Eisengießerei in Halle a. S.

Fabrik für Hobelbänke

und Werkzeug mit Dampftrieb von **Otto Tholl,**

Berlin S. O., Köpenickerstraße 116, empfiehlt das größte Lager v. Hobelbänken u. Werkzeugen f. Tischler, Stellmacher u. Bildhauer zu soliden Preisen u. Garantie.

Keine Familie

braucht mehr ohne **Simple Nähmaschine**

zu sein,



welche in der Nähmaschinen-Fabrik von Th. Stiehr & Katz Brüderstrasse 2, Berlin, für 15 Rmark. zu haben ist.

Die Waldwoll- (Kiefernadel-) Fabrikate

aus der Cairg'schen Fabrik in Remda in Thüringen sind für Posen und Provinz nur allein acht zu haben bei **Eugen Werner, Wilhelmstr. 13**

Rudolf Mosso

officieller Agent

sämmtlicher Zeitungen

des

In- und Auslandes,

in Posen

vertreten durch

G. Fritsch & Co.

Friedrichstraße 18,

parterre,

befördert Annoncen aller Art in die für jeden Zweck passenden Zeitungen und berechnet nur die Original Preise der Zeitungs-Expeditionen, da er von diesen die Provision bezieht.

Insbefondere wird das „Berliner Tageblatt“, welches bei einer Auflage von 32 250 Exemplaren nächst der Kölnischen die gelefenste Zeitung Deutschlands geworden ist, als für alle Infections-Zwecke geeignet, bestens empfohlen.

